





# **Beschäftigung, Arbeit, Jobs**

## **Die Realität von Menschen mit Armut- und Ausgrenzungserfahrungen**

### **10. Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen**

**13. & 14. Mai 2011**

**Egmont Palast, Brüssel**

Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Ungarns  
Gefördert von der Europäischen Kommission  
Organisiert mit Unterstützung des Europäischen Anti-Armutnetzwerks EAPN  
Veranstaltet im Egmont Palast der Belgischen Regierung, Brüssel

---

#### **DANKSAGUNG**

Koordinatorin: Micheline Gerondal

Dokumentation: Pauline Geoghegan

Deutsche Übersetzung: Michaela Moser

Fotos: Raymond Dakoua

Coverbild: Kreative Präsentation der Delegierten des  
Vereinigten Königreichs, entwickelt und hergestellt von  
Migration Voice und ATD Fourth World

ISBN 978-2-930252-59-9

# Inhalt

Danksagung.....	3
Wird Europa 2020 Veränderung bringen?.....	5
Zentrale Botschaften des 10. Europäischen Treffens an den EU Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherfragen.....	6
Eröffnungsplenum und thematische Einführung.....	7
Wozu ein weiteres Treffen? Die Konsequenzen der Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen.....	10
Unsere Realität: Zugang zu Arbeit, Beschäftigung und Jobs in Europa.....	14
Botschaften und Vorschläge aus den Workshops.....	18
Qualitätvolle Arbeitsplätze, angemessene Löhne und soziale Rechte.....	19
Bildung, Ausbildung, lebenslanges Lernen.....	22
Arbeitsagenturen: Eine vergebenen Chance?.....	23
Diskriminierung: ein großes Beschäftigungshindernis.....	24
Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Fürsorgetätigkeiten und Freiwilligenarbeit.....	26
Das Recht auf Würde.....	28
Die Krise.....	29
Partizipation.....	30
“Die Umsetzung ist das Problem ...” – Feedback der Gäste, die an den Workshops teilnahmen.....	31
“Unsere Schreie werden lauter ...” – Reaktionen der Delegierten.....	32
Der Einsatz von EU-Institutionen und Sozialpartner für anständige Arbeitsplätze Perspektiven der PodiumsteilnehmerInnen.....	33
“Wir sind die einzigen, die unsere eigene Situation beschreiben können” Rückmeldungen der Delegierten.....	35
“Eure Stimmen sollen gehört werden” – Abschlussworte.....	36
<b>ANHANG 1 Europäische Kommission, GD für Beschäftigung Reaktionen auf die Forderungen und Botschaften der bisherigen Europäischen Treffen von Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen.....</b>	<b>37</b>
<b>ANHANG 2 Reaktionen des EAPN auf die Forderungen und Botschaften der Europäischen Treffen von Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen.....</b>	<b>39</b>
<b>ANHANG 3 Delegierte und Gäste des 10. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen.....</b>	<b>42</b>

## **“Beschäftigung, Arbeit und Jobs: Die Realität von Menschen mit Armutserfahrungen und Ausgrenzungserfahrungen”**

war das Thema des 10. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen, das am 13. und 14. Mai 2011 in Brüssel stattfand.

Das Treffen wurde von der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des europäischen Armutsnetzwerks EAPN organisiert, die belgische Regierung stellte den Brüsseler Egmont Palast als Veranstaltungsort zur Verfügung.

Wie in den vergangenen neun Jahren setzten sich die teilnehmenden nationalen Delegationen aus Menschen mit Armutserfahrungen aus 26 Ländern zusammen, darüberhinaus nahmen EntscheidungsträgerInnen aus den EU-Institutionen (Kommission, Parlament, VertreterInnen der Regierungen von Ungarn, Polen und Dänemark als gegenwärtige und zukünftige Ratspräsidentschaften), VertreterInnen der Sozialpartner, WissenschaftlerInnen und weitere VertreterInnen nationaler und internationaler Organisationen und Institutionen als Gäste teil.

Mit Blick auf die gegenwärtig immer tiefer werdende Krise, welche Jobs rarer und Sozialleistungen schwerer zugänglich macht und die Lebensqualität vieler Menschen mit Armutserfahrungen weiter einschränkt, stand vor allem die Frage nach der Wirksamkeit aktueller politischer Instrumente, wie sie u.a. in der Europa 2020 Strategie angelegt sind, im Zentrum des Treffens. Werden diese tatsächlich spürbare Veränderung in das Leben von Menschen mit Armutserfahrungen bringen?

Menschen mit Armutserfahrungen konnten für sie wichtige Fragen aufwerfen und Lösungsvorschläge rund um den Zugang zu Beschäftigung, Arbeit und Jobs aufzeigen. Im Mittelpunkt der Reflexion stand dabei nicht zuletzt der Ärger darüber, dass selbst jene Änderungen, die auf EU (und oft auch nationaler Ebene) bereits verabschiedet wurden, letztlich noch immer auf Umsetzung warten. Mit Blick auf die Auswirkungen der globalen Krise gilt es jedoch keine Zeit zu verlieren, da “armutsbetroffene Menschen die Krise stärker spüren als Banken”.

Die anwesenden Gäste, die gekommen waren, um den Teilnehmerinnen zuzuhören und sich mit ihnen auszutauschen, bestätigten die unerlässliche Wichtigkeit,

die Erfahrungen von Menschen mit Armutserfahrungen im Hinblick auf die Entwicklung politischer Maßnahmen anzuhören.

Der vorliegende Bericht möchte die Debatten und Vorschläge der Delegierten sowie der Gäste des Treffens wiedergeben. Dies wird zunächst in Form einer Rückschau auf die Resultate und Konsequenzen der bisherigen Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen erfolgen.

Danach werden die kreativen Beiträge der nationalen Delegationen als Darstellung von deren unmittelbaren Erfahrungen mit Arbeit, Beschäftigung und Jobs skizziert und schließlich die Debatten und Empfehlungen der Delegierten mit den bzw. an die EntscheidungsträgerInnen dokumentiert, die in insgesamt sechs Workshops von den TeilnehmerInnen gemeinsam mit den Gästen des Treffens erarbeitet wurden.

Im Anhang des Berichts findet sich ein Überblick über die Reaktionen der europäischen Kommission und des EAPN auf die Forderungen und Botschaften früherer Europäischer Treffen, sowie eine Liste der TeilnehmerInnen des heurigen Treffens.

# Zentrale Botschaften des 10. Europäischen Treffens an den EU Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherfragen

“Beschäftigung, Arbeit und Jobs. Die Realität von Menschen mit Armutserfahrungen” lautete das Thema des diesjährigen Treffens, das im Kontext einer sich verschärfenden Krise stattfand. Einer Krise, die Jobs zur Mangelware macht, den Zugang zu Sozialleistungen erschwert und die Lebensqualität für viele Menschen, die in Armut und sozialer Ausgrenzung leben, zusätzlich verschlechtert wird. Viele TeilnehmerInnen stellten sich dabei die Frage, in wie weit die im Zuge der Europa 2020 Strategie entwickelten Instrumente ihr Leben und das ihrer Kinder wirklich zum Besseren verändern würden.

Zentralen Botschaften der Menschen mit Armutserfahrungen:

- **Die Notwendigkeit qualitätvoller Arbeitsplätze:** Wenn Erwerbsarbeit aus der Armut führen soll, müssen öffentliche Hand und Sozialpartner sicher stellen, dass der Trend zu Erwerbsarmut (Working Poor) umgekehrt wird und qualitätvolle Arbeitsplätze mit existenzsichernden Löhnen, guten sozialen Schutzsystemen und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die auch die privaten Verpflichtungen der ArbeitnehmerInnen respektieren.
- **Das Fehlen von Arbeitsplätzen:** Die Delegierten bestätigten, dass Menschen mit Armutserfahrungen einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen, es in der Realität jedoch mehr Menschen mit Wunsch nach Erwerbsarbeitsplätzen als verfügbare Stellen gibt. Die aktuelle Wirtschaftskrise hat diese Situation weiter verschärft. Solange es nicht genügend Arbeitsplätze gibt, müssen Menschen ohne Erwerbsarbeit Zugang zu einem ausreichenden Einkommen haben, das ihnen ein Leben in Würde ermöglicht.
- **Unterstützung beim Zugang zu Beschäftigung:** Wenn Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Arbeitsplatz auftreten, braucht es maßgeschneiderte Unterstützungsangebote für Menschen mit Armutserfahrungen und für langzeitarbeitslose Frauen und Männer. Die Chancen auf Zugang zum Arbeitsmarkt sollen zudem durch frühkindliche Investitionen, durch Investitionen in gute Angebote der Schulbildung, auch und gerade für “Drop-Outs” und in Möglichkeiten lebenslangen Lernens – auch für Menschen, die in Armut leben – gestärkt werden.
- **Überwindung von Diskriminierung:** Besondere Aufmerksamkeit war auf das Problem der Diskriminierung und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt von verwundbaren Gruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, MigrantInnen, Ex-Strafgefangene, Langzeitarbeitslose und Roma, gerichtet. Sowohl die Umsetzung gesetzlicher Anti-Diskriminierungsmaßnahmen als auch Maßnahmen positiver Diskriminierung sind im Sinne der Überwindung der Hindernisse, die durch Diskriminierung entstehen, zu garantieren. Auch die spezifischen Schwierigkeiten von Frauen, die meist den Hauptteil der Sorgpflichten

übernehmen und oft in Sektoren mit prekären Jobs niedriger Qualität arbeiten, bedürfen spezieller Aufmerksamkeit.

- **Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen:** Die Delegierten wiesen darauf hin, dass sie auf diesen und früheren Treffen bereits viele gute Vorschläge zur Armutsbekämpfung gehört hätten, wie beispielsweise die konkreten Ziele der Armutsreduzierung, die Empfehlung zur aktiven Eingliederung, die Zugang zu adäquater Mindestsicherung, essentiellen sozialen Dienstleistungen und Unterstützung bei der Suche nach Erwerbsarbeit beinhaltet, sowie Strategien zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit oder Kinderarmut. In aller Deutlichkeit brachten die Delegierten bei diesem Treffen zum Ausdruck, dass effektive Aktivitäten zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen notwendig sind. Wiederholt wiesen sie dabei darauf hin, dass Menschen mit Armutserfahrungen bereits sind, sich auf unterschiedlichen Ebenen an den Umsetzungsprogrammen zu beteiligen.



- **Überwindung der Ursachen von Armut statt reiner Symptomkuren:** Erneut bestätigten die Delegierten des Treffens, dass das derzeitige ökonomische und soziale System negative Auswirkungen auf Ausmaß und Tiefe vorhandener Armut haben und die politische Verantwortlichen gefordert sind, die Ursachen von Armut zu bekämpfen anstatt nur Symptomkuren zu betreiben.

Für die Zukunft wurde eine strukturelle Verortung der Europäischen Treffen im Rahmen der “Europäischen Plattform gegen Armut” gefordert, wobei diese Strategie der Armutsbekämpfung auch durch nationale und regionale Treffen verstärkt werden soll.

# Eröffnungsplenum und thematische Einführung

## Begrüßung durch Csaba ORY, Abgeordneter zum Europäischen Parlament und Vorsitzender der Konferenz

In seiner Eröffnungsrede unterstrich der Europaparlamentarier Csaba Ory die große Bedeutung dieses Treffens. Orby, der bereits mehrfach an Sitzungen zu den Themen der Konferenz im Europäischen Parlament teilgenommen hat, betonte dabei seine Unterstützung für die Methode der Offenen Koordinierung. Für die ungarische Präsidentschaft sei es eine Ehre, den Vorsitz dieses Treffens zu übernehmen, da die Präsidentschaft sich auf die Europa 2020 Strategie konzentriere. Orby wies auch auf die spezielle Armutsbetroffenheit von Roma in der EU hin. Der EU sei die Notwendigkeit der Armutsbekämpfung europaweit besondere Aufmerksamkeit zu schenken, bewusst, im Rahmen der von ihr veröffentlichten Europa 2020 Strategie sei es geplant Europa "vital und dynamisch" zu entwickeln.

Mit Verweis auf die wachsenden Anzahl an älteren Menschen in der Gesellschaft erinnerte Orby daran, sich nachhaltig um den Zugang zu einem Arbeitsplatz zu bemühen, damit Menschen ihre eigenen Zukunft absichern könnten. Sowohl Wirtschaft als auch Politik müssten im Lichte der Globalisierung erneuert werden, um eine abgestimmte Vorgangsweise zu ermöglichen. Die Strategie zur Bekämpfung von Armut sei ein Kernanliegen der 2020 Strategie, das Treffen ein wichtiger Beitrag zur Entdeckung realistischer Lösungsmöglichkeiten für alltägliche Probleme und um Ideen und Vorschläge an PolitikerInnen zu übermitteln. Da viele der TeilnehmerInnen selbst in Armut lebten, sei es besonders wichtig, dass diese Arbeit konkrete Früchte trägt.

## Zoltan BALOG, Minister für soziale Inklusion, Ungarn

Arm zu sein, kann sehr viele verschiedenen Bedeutungen haben. Für einen Politiker, der die Frage, was es bedeutet arm zu sein, zu beantworten hat, ist es wichtig, diese Frage an Menschen mit Armutserfahrungen weiter zu geben. Die Protagonisten des Treffens sind Menschen mit Armutserfahrungen, daher ist dieser Dialog zur Lösungssuche von besonderer Bedeutung. Wir müssen zuhören, was Menschen zu sagen haben, genau darum geht es in diesem Dialog. Die Entwicklung von Maßnahmen ohne Einbindung von Betroffenen stellt eine Schwäche der Politik dar.

Als Minister für soziale Inklusion ist Balog in Ungarn für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung verantwortlich, sowie für ein Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut und für bessere Lebensbedingungen für Roma. Es ist wichtig, daran zu glauben, dass Beschäftigung Menschen aus der Armut helfen kann, auch wenn dies für Ungarn eine große Herausforderung ist. Viele Menschen leiden am Mangel an Arbeitsplätzen, von den 700.000 ungarischen Roma haben 75% keinen Zugang zu Erwerbsarbeit. Außerdem leben 16% der Kinder in Ungarn in Haushalten mit

niedriger Erwerbsbeteiligung. Ziel sei es, durch das Schaffen von Arbeitsplätzen und arbeitsmarktpolitische Programme 400.000 Menschen in Erwerbsarbeit und damit aus der Abhängigkeit von Sozialleistungen zu bringen.

Arbeitsmarktpolitische Programme allein seien für Langzeitarbeitslose jedoch nicht ausreichend, es ginge auch darum, Bewußtseinsbildung unter den Menschen mit Armutserfahrungen zu betreiben, damit diese "stärkeres Interesse an einem Job" entwickeln könnten. Alle Sozialprogramme müssten entsprechend koordiniert werden: die offene Methode der Koordinierung haben sich positiv bewährt und einen wichtigen Einfluß auf Sozialpolitiken.

*"Wir müssen den Menschen zuhören"*

Kürzlich nahm Balog an einem Treffen mit 45 Menschen mit Armutserfahrungen teil, die zu sogenannten ErfahrungsexpertInnen ausgebildet wurden. Europa 2020 soll nicht nur auf ökonomische Ziele fokussieren, sondern auch die soziale Inklusion in den Blick nehmen. "Unser Gesellschaften können nicht nur von Beschäftigungszielen geprägt sein, auch soziale Inklusion muss Ziel unserer Gesellschaften sein," Armut bedeutet immer das Risiko des Verlusts an Selbstwert, deshalb sei mehr Bewußtsein für Demokratie und Solidarität nötig, das durch soziale Inklusion in ganz Europa weiter entwickelt werden müsse.

*"In Ungarn gibt es Veränderungen innerhalb der politischen Elite: Einige politische Leitfiguren der neuen Elite kommen aus ärmeren Verhältnissen. Wir müssen sie daran erinnern, dass ihre Erfahrungen in Vergangenheit für vielen Menschen auch heute aktuell sind."*

## Lazlo ANDOR, EU Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration

Kommissar Andor betonte die Bedeutung der jährlichen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen, die Jahr für Jahr dazu beitragen, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung hoch auf der Agenda zu halten, und zwar sowohl auf jener der EU als auch auf nationaler Ebene. Dabei würde auch klar gezeigt, dass Sozialpolitik nur dann wirksam werden kann, wenn Menschen mit Armutserfahrungen im politischen Prozess beteiligt werden.

Die Zahl der Armutsbetroffenen hat in den letzten Jahren nicht abgenommen und liegt in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise bei weit über 80 Millionen. Zentrale Frage sei es, wie der Abbau von Sozialmaßnahmen und der Anstieg von Armut in Zeiten harter budgetärer Grenzen vermieden werden könnten. Erstmals steht die Bekämpfung von Armut im Zentrum der EU-Agenda, nämlich der Europa 2020 Strategie für smartes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Dabei haben die Mitgliedsländer erstens als gemeinsames **europäisches Ziel formuliert**, bis zum Jahr 2020 **20 Millionen Menschen aus der Armut** zu bringen. Im letzten Monat hat die Mehrheit der Mitgliedsländer ihre nationalen Ziele präsentiert, die zur Verwirklichung des gemeinsam Ziels

führen sollen. "Wir können das jedoch nicht allein erreichen. Wir brauchen Ihre Hilfe um mit Ihren Aktivitäten auf diesen Zielen aufzubauen."

Zweitens wurde die **Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung** im Dezember 2010 beschlossen, mit dem Ziel nicht nur die Symptome sondern die Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung zu bekämpfen. Dabei soll über jene Felder, die traditionellerweise den Kern von Armutsbekämpfungspolitiken bilden, nämlich Sozialschutz und Soziale Dienstleistungen als solche, hinausgeblickt werden. Die Plattform soll zudem soziale Innovation und innovativere Lösungen für soziale Probleme fördern, sowie spezifische Wege für einen besseren Einsatz von EU-Geldmitteln aufzeigen.

Drittens hat die Kommission eine politische Initiative verabschiedet, welche die 2020 Strategie auf die sozio-ökonomische Situation von **Roma** umlegt. Im April hat die Kommission in einer Kommunikation deutlich gemacht, dass deren Situation inakzeptabel ist und ein EU-Rahmenvereinbarung für nationale Roma-Integrations-Strategien vorgeschlagen. Der erste EPSCO-Rat (Rat für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz), der sich exklusiv mit Roma-Fragen beschäftigt, wird die nächsten Schritte zur Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung skizzieren.

Der Fokus des heurigen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen liegt auf **Beschäftigung, Arbeit und Jobs**. Neben den Armutsreduzierungszielen enthält Europa 2020 auch ehrgeizige Beschäftigungsziele, nämlich 75% der Männer und Frauen bis 2020 in Erwerbsarbeit zu führen, was im Lichte der aktuellen Krise eine riesige Herausforderung bedeutet. Derzeit sind rund 23 Millionen Menschen in Europa auf der Suche nach Arbeit, das sind um sieben Millionen mehr als vor der Krise, die Jugendarbeitslosigkeit ist um 1,3 Millionen gestiegen, viele Jugendliche haben noch nie die Chance auf Erfahrungen mit Erwerbsarbeit bekommen. Ziel ist es, alle EuropäerInnen diesebezüglich zu stärken und mit den notwendigen Fähigkeiten auszustatten.

Erwerbstätigkeit bedeutet jedoch nicht automatisch die Abwesenheit von Armut und Prekarität – ganze 8% der **erwerbstätigen Bevölkerung** sind derzeit **armutsgefährdet**. Arbeitsschutzregelungen müssen weiter reformiert werden, um eine gute Balance zwischen Beschäftigungswachstum und Qualität der Beschäftigung zu erreichen und dabei gleichzeitig die Segmentierung des Arbeitsmarkts einzudämmen.

Die **aktive Integration von Menschen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt** entfernt sind, muss vorrangige Priorität für die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben. Es ist von grundlegendem Interesse, dass jene, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind, von verbesserten sozialen Unterstützungsangeboten profitieren, auch dann wenn sie in einem Job sind, damit vermieden wird, dass sie in einen Kreislauf aus Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit geraten. In vielen Mitgliedsländern hat eine signifikante Zahl an Menschen keinen Zugang zu sozialer Unterstützung oder nehmen diese ihre Rechte nicht in Anspruch.

In 20 von 27 Mitgliedsländern gibt es ein hohes Maß an **Kinderarmut** und im Zuge der Europa 2020 Strategie haben einige Mitgliedsländer die Bekämpfung von Kinderarmut zur Priorität ihres Nationalen Reformprogramms erklärt. Eine Empfehlung zu Kinderarmut wird im Jahr 2012 veröffentlicht werden.

Europa 2020 beinhaltet auch eine neue Struktur der politischen Entscheidungsfindung, die einen **partnerschaftlichen Zugang** favorisiert und speziell die Einbindung zentraler Akteure in die Beurteilung und Evaluation von Fortschritten stärken möchte. Die Kommission hat in diesem Zusammenhang an die Mitgliedsländer appelliert, wirklich Partnerschaften mit ihren nationalem Parlament und anderen Akteuren, wie Sozialpartner, Zivilgesellschaft und Menschen mit Armutserfahrungen einzugehen, um das Design und die Umsetzung der Nationalen Reformprogramme zu unterstützen.

Abschließend stellte Kommissar Andor fest, dass er auf die weitere Unterstützung der Delegierten hinsichtlich ihres Einsatzes für reale Veränderungen für alle EuropäerInnen zähle.

## **Poul Skytte CHRISTOFFERSEN, Dänische Botschafter, im Namen der Dänischen Präsidentschaft der Europäischen Union 2012 und als Vertreter des Dänischen Sozialministers, der nicht am Treffen teilnehmen konnte**

Der dänische Botschafter bestätigte, dass es bei diesem Treffen vor allem darum gehe, auf Menschen zu hören, auf Menschen, die selbst Armut und soziale Ausgrenzung erfahren haben. 2002 fand der erste Runde Tisch zu Armut und sozialer Ausgrenzung im Rahmen der dänischen Präsidentschaft der Europäischen Union in Aarhus statt, der nun eine regelmäßige jährliche Veranstaltung im Herbst geworden ist. Als Anerkennung der Bedeutung der Einbindung jener, die die Probleme aus erster Hand kennen, gäbe es diese Frühjahrskonferenz von Menschen mit Armutserfahrungen.

Im Rahmen des ersten Runden Tisches hatte der dänische Minister betont, dass es "vor allem wichtig ist, alle am Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu beteiligen. Alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene müssen involviert werden. Nicht zuletzt spielen dabei die Initiativen des Freiwilligensektors eine wichtige Rolle und es ist der gemeinsame Einsatz, der die besten Resultate bringt. Wir müssen Partnerschaften eingehen, Stärkere müssen an der Front stehen und sich für diejenigen, die über weniger Ressourcen verfügen, einsetzen. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung. Wir müssen offen sein und vor allem *müssen alle Betroffenen involviert werden!*"

Diese Worte gelten noch stets und sind auch für die Europa 2020 Strategie von Bedeutung und es muss anerkannt werden, dass diese Ziele Hand in Hand mit Wachstum und Beschäftigung gehen. Soziale Inklusion wird in den kommenden Jahren weit oben auf der Agenda stehen und die entsprechenden Kooperationen müssen weiter gestärkt werden.

Armut ist multi-dimensional und betrifft nicht nur Geldmittel, sondern auch Beschäftigung, Gesundheit, und soziale Ressourcen von Individuen. Deshalb ist es wichtig, einen integrierten, ganzheitlichen und präventiven Zugang zu wählen. Es geht darum, auf die eigentlichen Probleme zu blicken und neue und innovative Lösungen zu finden.

Regierungen und PolitikerInnen können dies nicht alleine erreichen. Es braucht auch die Anstrengungen von NGOs und anderen BürgerInnen. Deshalb steht die Stärkung des Non-Profit-Sektors durch eine nationale Zivilgesellschafts-Strategie weit oben auf der dänischen Agenda. Toppriorität hat dabei das Anliegen, die Wirkung des Non-Profit-Sektors anzuerkennen, wenn es z.B. um die Stärkung des Vertrauens der BürgerInnen geht, aber auch hinsichtlich vieler neuer Ideen, die oft von NGOs kommen. Deshalb hoffen wir, dass 2011, das Europäische Jahr der Freiwilligenarbeit, weitere Impulse für innovative Ideen bringen wird, denn neue Lösungen sind notwendig. Dänemark freut sich darauf, für dieses Treffen im Rahmen seiner Präsidentschaft der Europäischen Union im Frühling nächsten Jahres verantwortlich zu sein.



## **Leif JENSEN, Dänemark, Erfahrungsbericht im Namen der Delegierten des 9. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen**

Leif Jensen stellte die Frage, was diese Treffen eigentlich bewirken. Auch wenn die Ausgangspunkte sehr unterschiedlich sind, kommen hier Menschen zusammen die ähnliche Probleme erfahren und dies zum Ausgangspunkt ihrer Diskussionen machen, nicht um verletzte Personen zu stigmatisieren, sondern um gemeinsam Lösungen für Armut in ihren unterschiedlichen Formen zu finden.

Besonders positiv sei die Tatsache, dass es dabei nicht um ein Ranking des Elends im Sinnen von "wer ist der oder die Ärmste" gehe, sondern vielmehr darum, gemeinsame Botschaften zum Problem von Armut in Europa zu entwickeln. Zweifelsohne wird Armut in unterschiedlichen Ländern auf unterschiedliche Weise erfahren und sichtbar. Ganz prinzipiell ist es jedoch inakzeptabel, dass einige BürgerInnen nicht an der Gesellschaft, in der sie leben partizipieren können, weil es ihnen ganz einfach an den finanziellen Mitteln dafür fehlt.

Das 9. Treffen hatte die Komplexität und Diversität der Probleme deutlich gemacht. Alle Länder eint der Mangel an erschwinglichem Wohnraum für Menschen mit niedrigen Einkommen, der Mangel an Jobs mit angemessenen Löhnen, und der Mangel an Öffnung des Arbeitsmarkts – damit jede und jeder, der oder die erwerbsfähig ist, auch einen Job bekommt. Im letzten Jahr hatten die TeilnehmerInnen gefragt, ob dies alles nur ein Spiel sei, "ob wir wirklich gehört werden" und "uns zugehört wird". Es wurden Vorschläge gemacht und die Wünsche der Delegierten wurden angehört. Auch wenn sie noch nicht umgesetzt sein mögen, mit der Formulierung konkreter Punkte wurde hoffentlich ein Samenkorn in das Bewußtsein der anwesenden EntscheidungsträgerInnen gepflanzt: ein kleines Samenkorn, das – *so der Wille vorhanden ist* - hoffentlich zu großen und konkreten Initiativen wachsen wird. Es sei wichtig, sich daran zu erinnern, dass Geld nicht alles bedeute, es aber "schon nett sei, welches zu haben".

Anlässlich des Treffens soll auch die Gelegenheit genutzt werden, sich an all die zu erinnern, die nicht mehr dabei sein können, entweder weil sie aus den Augen verloren wurden oder weil sie gestorben sind: Marc Jacques aus Frankreich, Ole Rudolf und Steen Viggo Jensen aus Dänemark, Dan Nilson aus Schweden, Sandor Lajtos aus Ungarn, Dian Said aus Malta und Fiorella Inbimbo aus Italien.

# Wozu ein weiteres Treffen? Die Konsequenzen der Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen

## Finan FARRELL, Direktor, EAPN

Die fünf zentralen Botschaften der Delegierten hinsichtlich der Konsequenzen der Europäischen Treffen:

- Die **derzeitige Krise und die damit verbunden Sparpolitik** haben eine Bedeutung für den Alltag von Menschen. Es sind Menschen mit Armutserfahrungen, die den Preis für die Krise bezahlen und es wird so getan als wären gute Sozialsysteme und nicht waghalsige Spekulationen der Grund für die Krise. Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, die Armutsreduzierungsziele und die sozialen Elemente der Europa 2020 Strategie ernst zu nehmen. Die Delegierten fordern Belege dafür, dass das Armutsbekämpfungsziel von europäischen SpitzenpolitikerInnen ernsthaft verfolgt wird.
- Sie haben von der **Plattform gegen Armut** gehört und fragen sich, wie sie sich auf nationaler und lokaler Ebene daran beteiligen können. Welche Verbindung es zwischen dem Konvent der Plattform und dem Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen gibt?
- **Wohnungslosigkeit und Kinderarmut** waren die großen Themen vorheriger Treffen. Es gibt kaum armutsbetroffene Menschen in reichen Haushalten, damit werden wir uns auseinandersetzen müssen. Wie können wir sicherstellen, dass die Beseitigung von Wohnungslosigkeit Teil einer umfassenden Armutsbekämpfungsstrategie wird? Werden Strategien gegen Wohnungslosigkeit auch die Bedürfnisse von Roma und Travellers berücksichtigen. Wird eine Empfehlung zu Kinderarmut wirkliche Veränderungen bringen?
- Hat es irgendwelche Fortschritte im Hinblick auf **adäquate Mindestsicherungssysteme** gegeben? Hat die Empfehlung zur aktiven Eingliederung tatsächlich etwas bewirkt? Haben die Hinweise auf Energiearmut im Rahmen der nationalen Energiepläne konkrete Auswirkungen?
- Immer mehr Menschen werden durch **Diskriminierung und Armut** stigmatisiert: Wie können wir dies verhindern? Wie kann der Zugang zu Arbeitsplätzen geschaffen werden? Wie kann sichergestellt werden, dass die Angebote für Alleinerziehende, diese nicht zu unmöglichen Entscheidungen zwingen.

## Die Perspektive der Delegierten

Für die deutschen Delegierten sind die Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen von grundlegender Bedeutung, sie fragen sich jedoch, warum man "jedesmal wieder von Null beginne" und "nichts erledigt wird"? Die Antworten bleiben vage, jedes Jahr gibt es finanzielle Probleme bei den Vorbereitungen. "Wir möchten klare Ergebnisse erzielen, es muss gehandelt werden."

Die TeilnehmerInnen aus Österreich schugen vor, dass es aus diesem Grund wichtig sei, sich auch zwischen den Treffen besser zu organisieren und Informationen über Entwicklungen in der EU auszutauschen.

Delegierte aus Belgien und Italien fragten nach, welche Verbindung es zwischen den Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen und den im Rahmen der Europäische Plattform gegen Armut vorgesehenen jährlichen Treffen gibt? Was hat die europäische Kommission mit den Nationalen Reformprogrammen der Mitgliedsländer vor?

In Italien gibt es keine Mindestsicherung und es stehen ganze 22 Zeilen zu Armut im Reformprogramm. Armutsreduzierungsziele scheinen nur in Zeiten ökonomischen Aufschwungs erreichbar zu sein. Was wird getan, um den Mangel an Zusammenarbeit und das Fehlen eines Mindestsicherungssystems zu überwinden? "Das Nationale Reformprogramm wird uns nicht bei der Erreichung dieser Ziele helfen, zumal es auch gilt, Diskriminierung zu bekämpfen."

Die deutsche Delegation bat alle anderen TeilnehmerInnen um die Unterstützung der folgenden Position:

*"Angesichts der Tatsache, dass wir, "die Armen" in Europa arm gehalten werden (und wir repräsentieren ungefähr 100 Millionen armer Menschen), und dass unsere Armut durch ungerechte ökonomischen Verhältnisse und Sozialsysteme verursacht wird, fordern die politischen Institutionen auf endlich die Ursachen und nicht nur die Symptome von Armut zu bekämpfen. Wir fordern: nicht als billige Arbeitskräfte benutzt zu werden; das ist das Gegenteil von regulärer Arbeit. Auch wenn wir arbeitslos sind und aus welchen Gründen auch immer (Krankheit, Alter, Wohnungslosigkeit, Hilflosigkeit) nicht arbeiten können, fordern wir einen ausreichenden Lebensstandard. Außerdem die Beendigung eines ökonomischen Systems, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Wir, die VertreterInnen der Europäischen Armen, möchten alle Armen dieser Welt unsere aufrichtige Solidarität senden und alle ermutigen, den gemeinsamen Kampf gegen Reichtum mit uns aufzunehmen. Wir brauchen eine gerechte Verteilung von Vermögen in der Gesellschaft."*

Zum Thema des 10. Treffens wurden Sorgen bezüglich des schwierigen Zugangs zum Arbeitsmarkt für alte und junge Menschen zum Ausdruck gebracht:

*"Wir reden über Beschäftigung für junge Leute und junge Roma? Was aber ist für die über 50jährigen geplant? Was werden wir in zehn Jahren erreicht haben? Werden Menschen, die bereits im Ruhestand sind, sich für die Anliegen junger Leute einzusetzen?"*

Ergänzend wurde angemerkt, dass es besonders für Eltern, die in Armut leben, schwer ist, einen Job zu halten. Unsichtbare Arbeit wie Kinderbetreuung wird nicht als richtige Arbeit gewertet, so kommt es zu einem Anstieg an Frauenarmut. In einem Papier des Europäischen Parlaments wurde unterstrichen, dass *Investitionen in junge Leute nicht nur der Beseitigung von Armut dienen, sondern eine Investition für uns alle sind.*

Weiters, so die spanischen TeilnehmerInnen, *müsse verhindert werden, dass die Krise von Arbeitgebern benutzt werde, um Menschen auf niedrigem Level zu beschäftigen.*

## Beiträge der Gäste am Podium

### Jean LAMBERT, Europaparlamentarierin, Vereinigtes Königreich

Das europäische Parlament bereitet gerade seine Stellungnahme zum Vorschlag der **Armutsplattform** vor. Hinsichtlich der Befürchtung, dass es Rückschritte gibt, muss gesagt werden, dass der Kampf gegen Armut Teil der Europa 2020 Strategie ist: Wir müssen allerdings überlegen, wie wir das umsetzen.

Jean Lambert ermutigt NGOs, sich mit anderen Gruppen auf lokaler und nationaler Ebene zusammen zu schließen, da Sozialpolitik, und damit Wohnungspolitik, Sozialhilfe etc. auf nationaler Ebene beschlossen werden und Treffen wie dieses deshalb auch auf nationaler Ebene organisiert werden sollten.

Trotz der Bemühungen des EAPN und einiger Abgeordneten um eine EU-Richtlinie zur **Mindestsicherung**, gilt es hier noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Eine solche sei jedoch wichtig und diene in Zeiten der Krise als sozial stabilisierend. Wir brauchen auch Löhne, von denen man leben kann, deshalb wird beispielsweise von der London Citizens Living Wage Kampagne Druck auf Arbeitgeber in London hinsichtlich **existenzsichernder Löhne** ausgeübt.

Und es gibt einen Vorschlag der Kommission, dem Parlament eine Evaluierung der Empfehlung zur aktiven Eingliederung vorzulegen.

Im Bezug auf eine ernsthafte Weiterarbeit dieser Empfehlung sei noch viel zu tun, genauso wie im Hinblick auf die Erfüllung der Forderungen dieses Treffens.

Ganz generell brauchen wir neue Methoden zur Messung gesellschaftlichen Fortschritts. Die Debatte rund um Indikatoren jenseits des BIPs ist deshalb sehr wichtig. Dabei könnte zum Beispiel die Messung des Bruttonationalglücks in Bhutan als Inspiration dienen.

Was die **Diskriminierung** betrifft, sind viele von uns entsetzt über "paramilitärische Vorgangsweisen". Wir brauchen einen solidarischeren Zugang. Das Parlament ist noch stets darum bemüht entsprechende Antidiskriminierungsgesetze zu verabschieden und mehr Chancengleichheit zu schaffen. Auch im Hinblick auf Migration müssen wir uns für gleiche Rechte und Gleichbehandlung einsetzen.

Zur zunehmenden Diskriminierung von SozialhilfempfängerInnen berichtet Jean Lamperts von Transparenten, die sie kürzlich auf einer Demonstration in London sah und auf denen zu lesen stand: *Früher waren wir noch die "ganz armen Leut" - jetzt sind wir SozialschmarotzerInnen.*

### Philippe COURARD, Belgischer Staatssekretär für Soziale Integration und den Kampf gegen Armut

Die belgische EU-Präsidentschaft im Jahr 2010 hat sich auf drei Aspekte konzentriert, die alle auf Empfehlungen von früheren Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen zurück gehen: **Angemessenes Mindesteinkommen bzw. Mindestsicherung, Kinderarmut und Wohnungslosigkeit**. Die Bemühungen um eine Richtlinie zur **Mindestsicherung** waren leider nicht fruchtbar, da viele, Regierungen nicht bereit waren, dieses in Erwägung zu ziehen. Es gelang uns eine positive Peer Review zu diesem Thema zu abzuhalten, aber um wirkliche Fortschritte zu erzielen, ist noch sehr viel zu tun. Zur Frage der Wohnungslosigkeit wurde gemeinsam mit FEANTSA eine wichtige Konsenskonferenz abgehalten und es gibt Zusagen, im Rahmen der Plattform gegen Armut die Ergebnisse dieser Konferenz aufzugreifen. Am weitesten sind wir auf dem Gebiet der Kinderarmut gekommen, wo wir die verbindliche Zusage für eine EU-Empfehlung zu Kinderarmut haben.

Hinsichtlich des Themas Beschäftigung gelte es realistisch zu sein und sich einzugestehen, dass in nächster Zukunft keine Vollbeschäftigung zu erwarten ist. Wir müssen deshalb für gute Wohlfahrtssysteme sorgen, damit Menschen, die keine Erwerbsarbeit finden, finanziell abgesichert sind. Zudem müssen qualitätvolle Jobs geschaffen werden, denn wenn wir Erfolg auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung erzielen wollen, muss der Trend zunehmender Erwerbsarmut umgekehrt werden. Die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für qualitätvolle Arbeitsplätze ist deshalb essentiell.

Die Bekämpfung von Armut muss mit **präventiven Maßnahmen** beginnen, dazu gehören u.a. Wohnmöglichkeiten, Gesundheit, Bildung, Ausbildung, Unterstützung bei der Aufnahme von Beschäftigung usw. Leistbare und für alle zugängliche Dienstleistungen sowie gut ausgebaute Wohlfahrtssysteme sind für die Vermeidung von Armut zentral.

In Zukunft müssen wir zudem, wie bereits von Kommissar Andor betont, die Agenda der Sozialen Inklusion unterstützen.

## **Antonia CARPARELLI, Amtführende Direktorin der Abteilung 2020, Sozialpolitik in der GD für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration der Europäischen Kommission**

Kommissar Andor hat in seiner Eröffnungsrede die politische Konsequenzen präsentiert. Hinsichtlich der Beteiligung von Menschen mit Amuterfahrungen an der neue **Plattform gegen Armut** muss betont werden, dass es sich um eine neue Struktur handelt, die all das, was in den letzten Jahren z.B. im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung getan wurde, ergänzen soll. Wir möchten den bestehenden Aktivitäten, wie etwa dem jährlichen

Runden Tisch Zähne geben, indem wir ihn in einen jährlichen Konvent umwandeln und dabei die Verbindung zu allen Partnern stärken und diese besser einbinden. Die Verbindungen zwischen dem Treffen von Menschen mit Amuterfahrungen, dem Runden Tisch und dem neuen Konvent bleiben bestehen.

*“Die Tatsache, dass Menschen mit Amuterfahrungen nicht explizit im Rahmen der Plattform gegen Armut erwähnt sind, bedeutet keine Schwächung der Rolle von Menschen mit Amuterfahrungen.”*

Es entspricht auch nicht der Vorstellung der Kommission zum Jahr 2011, öffentliche Leistungen durch einen Trend zu Freiwilligenarbeit zu schwächen. Im Zuge der Plattform gegen Armut wurde die Bedeutung der Sozialwirtschaft als Unterstützung hinsichtlich des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen und staatlicher Hilfe betont.

Die Treffen von Menschen mit Amuterfahrungen tragen wesentlich zu besserem Wissen über Armut in Europa bei, ohnd sie wäre es auch schwer möglich, der Armut Gesichter zu geben. Wir dürfen das schweigende Europa nicht vergessen, in vielen Ländern werden Menschen durch neue Formen der Armut systematisch zum Schweigen gebracht.

Die jährlichen Europäischen Treffen von Menschen mit Amuterfahrungen werden zudem weiter dazu beitragen, auch ähnliche nationale und lokale Treffen voranzutreiben.

70% der TeilnehmerInnen bisheriger Treffen halten die politischen Auswirkungen des Treffens für gering, Generaldirektor Robert Verrue jeodch nannte das letztjährige Treffen eine “Offenbarung” und immer mehr PolitikerInnen nehmen an diesen Treffen teil, was Carparelli für sehr wichtig hält.

## **Ludo HOREMANS, Präsident des EAPN**

Es ist nötig, quer über alle Politikfelder über die Krise zu sprechen. EAPN hat dazu einen Bericht verfasst, der aufzeigt, dass bislang keine wirklichen Lehren aus der Krise gezogen wurden. So sind Länder mit gut ausgebauten Wohlfahrtssystemen sehr gut durch die Krise gekommen, trotzdem streichen Regierungen nun Sozialleistungen. Es ist notwendig, eine europäische Strategie zu entwickeln, die nicht von einem engen ökonomischen Zugang dominiert wird.

Die belgische Präsidentschaft hat am Thema der Mindestsicherung gearbeitet, ist dabei jedoch auf viel Skepsis anderer Regierungen gestossen. Wir müssen uns also noch stärker dafür einsetzen, dass der Kampf gegen Armut von allen auf die Agenda genommen wird. Es gibt Hoffnung, dass der EGB unseren Vorschlag zur Mindestsicherung unterstützt und weitere Verhandlungen mit den Sozialpartnern sind notwendig, damit es zu einer positiven Wechselwirkung zwischen adäquaten Mindestsicherungssystemen und Mindestlöhnen kommt.

EAPN beurteilt die in den **Amutsreduzierungszielen** zum Ausdruck gebrachten Ambitionen als zu gering, diese sollten als Minimalziele und nicht als maximal zu erreichendes Ziel gesehen werden. Nationale Regierungen müssen sich hier aktiv einbringen, es ist jedoch zu wenig Raum für die **Beurteilung nationaler Armutsbekämpfungspläne** vorgesehen und wir müssen uns heuer für eine Stärkung der offenen Methode der Koordinierung einsetzen, auch um die aktive Beteiligung auf nationaler Ebene zu sichern.

Menschen mit Amuterfahrungen werden in den Plänen zur **Plattform gegen Armut** nicht erwähnt, wir hoffen jedoch, dass sie zukünftig ausreichend Raum im Zuge des jährlichen Konvents bekommen, der später in diesem Jahr stattfinden wird. Wir erwarten uns, auch auf nationaler Ebene, dass Menschen mit Amuterfahrungen als Teil der Plattform/en gesehen werden.

## **Danielle DIERCKX Wissenschaftlerin, Universität von Antwerpen<sup>1</sup>**

Folgende Ergebnisse hat die Studie von Danielle Dirckx zu den Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen ergeben:

- Die Treffen haben zum Wissensgewinn von Entscheidungsträgern - und damit zu einem ersten Schritt nach vorne - beigetragen, in dem sie die Realitäten hinter den Statistiken deutlich machen.
- Menschen mit Armutserfahrungen werden als aktive BürgerInnen wahrgenommen.
- Die Treffen tragen zum aktiven Agendasetting bei, indem sie eine Verstärkung der Botschaft durch deren Wiedergabe in nationalen Medien bewirken. Die Wichtigkeit der Beseitigung von Armut wird deutlich artikuliert.

Es besteht große Übereinstimmung darin, dass die Treffen in übergeordneten politischen Prozesse der EU integriert werden müssen und es wäre hilfreich, wenn jährliche Ziele formuliert würden.

Zusätzlichen Wert bekommen die Treffen durch die Bedeutung der Stärkung der Zivilgesellschaft für den Kampf gegen Armut, durch die Beteiligung unterschiedlicher Stakeholder und auch dadurch, dass in der Folge der Treffen neue Organisationen und Formen der Zusammenarbeit entstehen. Zudem fühlen sich die beteiligten Menschen mit Armutserfahrungen weniger isoliert, gestärkt und unterstützt. In Zeiten von Krise und Sparpolitik sind diese Treffen wichtiger denn je, um den Kampf gegen Armut sichtbar auf der Agenda zu halten.

---

<sup>1</sup> Autorin der Studie zur Wirkung der Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen

# Unsere Realität: Zugang zu Arbeit, Beschäftigung und Jobs in Europa

Im Vorfeld der Treffen wurden die Delegierten der verschiedenen Länder gebeten, kurze Präsentationen über ihre Erfahrungen mit dem Zugang zu Arbeit, Beschäftigung und Jobs in Europa zu präsentieren. Unter Einsatz unterschiedlichster Mittel, darunter Rollenspiele, Pantomime, Musik, Powerpoint und Film entstanden so sehr kreative Plenumspräsentationen.

## Vereinigtes Königreich

Das **“Schlangen-und-Leitern-Brettspiel: Aus der Armut klettern”<sup>2</sup>** will auf sehr direkte Weise zeigen, wie sich unterschiedliche Erfahrungen auf die Chancen, aus der Armut zu kommen oder noch stärker von dieser betroffen zu sein, auswirken. Das Spiel zeigt dabei einige der Hindernisse, aber auch notwendige Unterstützungsstrukturen durch unterschiedliche politische Maßnahmen und strukturelle Änderungen am Arbeitsmarkt, sowie auf dem Gebiet von Bildung, Sozialleistungen, sowie durch Familie und Freundeskreis.



## Belgien

Die belgische Präsentation zeigte eine **Zaubererhut**, der Menschen in Armut hilft, ihre Probleme zu überwinden *“Von Menschen mit Armutserfahrungen wird erwartet, dass sie zaubern können, wir brauchen jedoch praktische Lösungen.”*

## Bulgarien

Präsentiert wurde ein spezielles **Mühlespiel von “Arm” und “Reich”**, das immer von den Reichen gewonnen wird.

## Estland

Viele EstInnen glauben daran, dass harte Arbeit zu einem glücklichen Leben verhilft, die Löhne sind jedoch so gering, dass schon ein Durchschnittsgehalt in die Armut führen kann. Erfolg bedeutet Würde. Um Hilfe bitten zu müssen, erweckt den Eindruck man sei eine VerliererIn. Heutzutage kämpfen jedoch viele Menschen ums alltägliche Überleben und viele gehen auch dann zur Arbeit, wenn sie krank sind. Es braucht mehr Bewusstsein bezüglich eigener Rechte und Möglichkeiten.

## Finland

**Mindestlöhne sind genauso notwendig wie ein Grundeinkommen.** Menschen mit unsicheren Arbeitsplätzen brauchen Schutz; es braucht Ausbildungen und Jobs, Transitarbeitsplätze dürfen nicht zu sozialer Marginalisierung führen; soziale und öffentliche Unternehmen sollten bei der Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt werden, auch die Gewerkschaften sollten hier ihren Beitrag leisten. Die Verweildauer an einem Arbeitsplatz muss lang genug sein, um zu Ansprüchen auf Sozialleistungen zu führen.

## Frankreich

In Form eines **“Sandwich-Plakats”** wurden **Prekarität und Arbeitslosigkeit** dargestellt, dabei wurde auf die universale Gültigkeit der Menschenrechte verwiesen. Es braucht geeignete Ausbildungen, weniger Bürokratie, mehr Stabilität, Karrieremöglichkeiten, Gleichbehandlung und Investitionen in Projekte, die Diskriminierung bekämpfen, sowie generell ein bessere Koordination in der öffentlichen Verwaltung.



## Irland

**Schwierigkeiten beim Zugang zu Sozialleistungen** wurden als szenische Darstellung ans Licht gebracht. Eine Person, die im Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit an Selbstbewußtsein gewinnt, sieht sich großen bürokratischen Hürden gegenüber. Am Ende des Prozesses ist die Betroffene zu müde, um Unterstützung zu suchen, bricht zusammen und kann auf nichts und niemanden mehr reagieren. Auf diese Weise wird sie von allen verlassen.

2 Als Illustration am Cover dieses Berichts sichtbar

## Italien

Um **Armut zu beseitigen**, müssen vor allem die folgenden Fragen beantwortet werden: Wo finde ich Wohnraum, wo einen Job, Kleidung, Nahrung, meine Kindheit, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit? Jede und jeder hat das Recht auf würdigen Wohnraum, auf einen guten Job, auf gute Ernährung, auf Kleidung, das Recht zu spielen, auf Bildung, Chancengleichheit und Würde. Jede und jeder hat das Recht, gehört zu werden. Die Beseitigung von Armut ist möglich.



## Deutschland

In einem Rollenspiel zieht eine reiche Frau arme Menschen bis auf die Unterwäsche aus, schlägt und misshandelt sie.

## Niederlande

Gezeigt wurde das **“Simple-Phase-Projekt”** beginnend mit der *“Bevor-es-passierte”-Phase* (“Warum bekommen sie keinen Job?”), der *“Der-Beginn-der-Unendlichkeits”-Phase* (“zu alt”, “zu teuer”) und dann der *“emotionalen-Krisen”-Phase* (Depression, Hoffnungslosigkeit, Lehrzeit). Zeitlose Tipps für die *“Willens-zu-lernen”-Phase* sind Bildung als Schlüssel zu Erfolg, einem Job und Reintegration.



## Polen

**Lösungen** für fehlende Arbeitsmarktintegration werden vorgestellt: Sicherstellen, dass Betroffene gehört werden; garantiertes Einkommen auf individueller Basis, soziale

Unterstützung durch Menschen, die aufgrund ihrer Erfahrungen, ihrer Kenntnisse, ihrer Empathiefähigkeit und ihrem bedingungslosen Respekt gegenüber bürgerInnenfreundlichen Gesetzen ausgewählt werden; Bewusstseinsbildung für ArbeitnehmerInnen hinsichtlich ihrer Rechte und den Verletzungen von Arbeitsrechten; öffentliche Subventionen für Unternehmen, die in die Ausbildung von Neugestellten (jungen Menschen) investieren und Monitoring bezüglich deren Verwendung.



## Portugal

Eine Tür steht als Symbol für den **Arbeitsmarkt**. Jedes Mitglied der Delegation klopft auf der Suche nach Arbeit an diese Tür, die systematisch geschlossen bleibt. Ein Arbeitgeber, der seine Verachtung unverhohlen zeigt, lehnt jede/n KandidantIn ab. Öffentliche Arbeitsmarktprogramme bieten oft nur sehr kurzfristige Hilfe, die eher darauf abzielt die Realität durch Schöpfung von Statistiken zu verschleiern und hinsichtlich effektiver Integration in den Arbeitsmarkt versagt. Ausbildungsangebote sind oft sinnlos, weil sie den realen Anforderungen nicht entsprechen.

## Slowenien

In diesem Szenario der **Arbeitsuche** führt ein Arbeitgeber ein Bewerbungsgespräch mit einer Über-60jährigen, einem gut qualifizierten jungen Universitätsabsolventen und einer Migrantin, die einen Job sucht, weil sie sich in dem Land niederlassen möchte. Alle werden abgelehnt (keine Computererfahrung, zu wenig Bereitschaft sich auf unsoziale Arbeitszeiten einzulassen oder Überstunden zu leisten). Letztendlich entscheidet der Arbeitgeber seine Produktionsstätte nach China zu verlagern oder ArbeiterInnen aus China anzuheuern.

## Schweden

Das Gesundheitssystem versagt Menschen gesundheitliche Versorgung. Auch wenn sie noch krank sind, gelten sie als arbeitsfähig. Sie werden aus dem sozialen Sicherheitsnetz entlassen und haben kein Einkommen. Jede und jeder sollte für ihre/seine Arbeit bezahlt bekommen, ihre/seine

Tätigkeiten sollten die eigenen Identität stärken. Es ist erniedrigend, wenn kranke Personen Auflagen für den Erhalt von Sozialleistungen auferlegt bekommen.

### Griechenland

Unter dem Titel **“Drei Städte, drei Straßen, ein Traum”** machten vier Frauen Fotos von ihrem Leben und ihren Mitmenschen und zeigten so, welcher Arbeit sie nachgehen, den Mangel an Arbeitsplätzen und die Armut in drei griechischen Städten: Athen, Thessaloniki und Lerapetra. Drei verschiedenen Städte, drei verschiedenen Straßen, eine (gemeinsame) Wahrheit. Fünf Kinder im Alter von 8 – 18 Jahren zeichneten ihren Traumjob.

### Ungarn

In ihrer Präsentation fragten die ungarischen Delegierten **“Was ist Arbeit?”** und zeigten auf, wie unterschiedliche die Antwort auf diese Frage ausfällt, wenn sie von Menschen mit Ausgrenzungserfahrungen beantwortet wird. Aufgezeigt wurde auch die Unterschiedlichkeit von Jobs, wie Schulbildung zu Qualifikation führt und unter welchen Bedingungen die am stärksten ausgegrenzten Menschen leben. In einer Schlußszene wurden die Ziele eines Arbeitsmarktzentrums und einer Unterstützungsgruppe gezeigt.

### Litauen

In Litauen liegt die Arbeitslosigkeit bei 14,4%, die Armutsgefährdungsquote liegt bei 20,6% (EU-Schnitt 16,3%) die Quote der Working Poor 10,4% (EU 8,4%)



### Norwegen

**Hürden auf dem Weg zur Beschäftigung:** SchülerInnen ohne Schulabschluß, 8.000 junge Menschen die spezielle Sozialleistungen für Menschen mit Behinderungen erhalten, junge Menschen, die seit vielen Jahren weder zur Schule gehen noch einen Arbeitsplatz haben, MigrantInnen, die aufgrund ihres mangelnden sozialen Kapitals (fehlende Netzwerke) oder ihres Alters vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, Menschen mit fehlenden Zähnen ohne Chance am Arbeitsmarkt, Wohnungslose, die keine Zeit für die Jobsuche haben, weil sie immer auf der Suche nach einem Schlafplatz sind; fehlende Arbeitsmöglichkeiten für AlleinerzieherInnen, die aufgrund ihrer Verpflichtungen kürzere Arbeitszeiten brauchen.

### Dänemark

**Dilemmata** rund um Beschäftigung und soziale Marginalisierung: Sozialpolitik ist eng mit Arbeitsmarktpolitik verknüpft: jede und jeder muss arbeiten. Der Arbeitsmarkt jedoch ist sehr geschlossen und wenn man nicht in der Lage ist Vollzeit zu arbeiten, ist es schwer einen Job zu finden. Um irgendeine Form von Sozialleistung zu erhalten, muss man dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, regelmäßig an Treffen im Job Center und an sozialen Aktivierungsmaßnahmen teilnehmen. Wem es aufgrund verschiedenener Umstände in ihrem/seinem Leben nicht möglich ist, all dies zu erfüllen, die oder der bekommt kein Geld mehr. Was aber, wenn man unter einer Sucht oder psychischen Krankheit leidet? Wenn man verletztlich ist, bedeutet es Stress, Teil des Systems sein zu müssen.

### Malta

Menschen, die an Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, sind ständig mit Problemen konfrontiert. Kulturelle, gesundheitliche und alterbedingte Probleme gehen Hand in Hand mit Mißständen am Arbeitsmarkt und summieren sich zu Armut. Ganz gleich wie sehr man sich anstrengt, immer wieder verhindern die gleichen Probleme das Erreichen finanzieller und sozialer Sicherheit.



## Slowakei

Einige Beispiele für **Erwerbsarmut**: Mirka, Mutter von vier Kindern, eine davon mit einer Behinderung; Jan, der in einer kleinen Roma-Siedlung aufwuchs und jetzt Direktor einer Schule ist und Romakindern zeigt, dass höhere Bildung möglich ist. Petra, eine Krankenschwester aus einem kleinen Dorf in der Ostslowakei und Stanislav, Vater von 11 Kindern und behinderter Wissenschaftler. Alle Delegierten wurden eingeladen, ein weißes Blatt Papier in ihr Fenster zu stellen, um auf den "Tag der unsichtbaren Arbeit" aufmerksam zu machen.

## Spanien

### Beschäftigung als Faktor sozialer Integration

Alle tragen mit ihrer Arbeit zur sozialen und ökonomischen Entwicklung ihrer Gesellschaft bei; soziale Ausgrenzung durch Beschäftigung zu bekämpfen, ist eine gemeinsame Verantwortung. Ein Job sollte auch Möglichkeiten des Zugangs zu Kultur, Sport, einer eigenen Wohnung, und zur Beteiligung als gleichberechtigte BürgerIn bieten und nicht Unterwerfung unter Märkte und Banken bedeuten. Menschen brauchen Rechte damit sie an der Gesellschaft in der sie leben, partizipieren können.

## Tschechische Republik

In Form einer Pantomime und mit musikalischer Untermalung werden "3 Jahreszeiten" dargestellt: Die Geburt – voller Hoffnung, in der Realität jedoch von der eigenen Umgebung abgelehnt (Musik: B. Smetana, Vitava); der Sprung in die Welt der Abhängigkeiten: hier bin ich der König, dort bin ich verloren (Musik: Abba, Pink Floyd, Money, Money) und schließlich: Katharsis – eine Peer Gruppe unterstützt mich (Musik: A Dvorak: Die verkaufte Braut).



## Österreich

Reiche werden durch die Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen noch reicher. Die österreichischen TeilnehmerInnen verteilen Süßigkeiten an alle Delegierten, um deutlich zu machen, dass sie eine besser Verteilung des Reichtums fordern, damit allen ein Leben in Würde möglich ist.

# Botschaften und Vorschläge aus den Workshops

*In insgesamt sechs parallel stattfindenden Workshops wurden von TeilnehmerInnen aus jeweils maximal sechs Ländern gemeinsam mit einigen Gästen Botschaften und Vorschläge zum Thema des Treffens erarbeitet.*

*Die folgenden Kurzberichte basieren auf den sechs Workshopberichten und stellen eine Zusammenfassung der gemeinsamen Essenz aller Workshops dar. Die wörtlichen Zitate geben einige der beeindruckenden Beiträge der TeilnehmerInnen wieder. Wo immer bekannt war aus welcher Delegation sie kamen, ist der Name des Landes angeführt.*

# Qualitätvolle Arbeitsplätze, angemessene Löhne und soziale Rechte

JOBS HERE

EMPREGO AQUI

ICI EMPLOI

## Qualitätvolle Arbeitsplätze

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass alle Menschen Zugang zu einem **anständigen Job** unabhängig von der Art der Tätigkeit haben müssen und auch auf EU-Ebene Verantwortung dafür übernommen werden muss, dass es anständige und nachhaltige Arbeitsplätze gibt. Arbeitgeber nutzen ihre Angestellten oft aus, z. B. wenn sie Arbeitsverträge ohne soziale Rechte anbieten. Versprechen bleiben oft unerfüllt. SaisonarbeiterInnen werden für zehn Monate angestellt, aber nur für zwei Wochen versichert.

Hier braucht es bessere Kontrolle, damit die Verletzlichkeit von ArbeitnehmerInnen nicht ausgebeutet werden kann.

In einem der Workshops wurde festgestellt, dass sich die Arbeitsbedingungen in einigen Mitgliedsländern aufgrund der Umsetzung des Prinzips der Flexicurity in den letzten Jahren verschlechtert haben. Statt die Sicherheit für ArbeitnehmerInnen zu stärken, habe Flexicurity nur die Flexibilität für Arbeitgeber erhöht - diese können ArbeitnehmerInnen nun leichter wieder entlassen.

*"Wir sind anständige Menschen – wir wollen für einen anständigen Lohn arbeiten – und wir wollen ein anständiges Leben."*

*"Ich möchte als Mensch respektiert werden und nicht ausgebeutet wie ein Mobiltelefon. Dass nur drei Jahr hält und dann weggeworfen wird." (Österreich)*

*"Ich arbeite in einem Flüchtlingslager ... Es ist sehr schwer einen Mindestlohn zu erhalten – ArbeiterInnen bekommen keinen Mindestlohn, weil sie 'illegal' sind." (Spanien)*

*"... Arbeitgeber haben keinen Respekt für uns und unsere Rechte. Es wird erwartet, dass wir jede Arbeit annehmen, auch wenn der Verdienst nicht reicht, um unsere und die Bedürfnisse unserer Familie zu decken." (Polen)*

Es geht darum gesetzeskonform angestellt zu werden, "Arbeitgeber bevorzugen aber oft 'Schwarzarbeit', weil sie keine Versicherung oder Steuern bezahlen wollen, wenn etwas passiert, haben die Leute dann keinen Versicherungsschutz." (Polen) Auch wenn Menschen arbeiten, ist ihr Gehalt oft so gering, dass sie zusätzliche Unterstützung brauchen oder Nebentätigkeiten nachgehen müssen, damit sie überleben können. "Wenn du arbeitslos bist, musst du jeden Job, der dir angeboten wird, annehmen, sonst verlierst du alle Sozialleistungen." (Slowenien)

Arbeitsrecht existiert zwar, wird aber meist nicht wirklich vollzogen. Die Delegierten unterstrichen auch, dass ein Erwerbsarbeitsplatz zwar wünschenswert, aber nicht in jedem Fall die beste Lösung sei. Menschen, die nicht arbeiten können, müssen unterstützt werden, zB jene, die nur drei, sieben oder zehn Stunden pro Woche arbeiten können, sollten einen anständigen Lohn dafür erhalten, der nötigenfalls durch eine Sozialleistung ergänzt werden könnte.

Die estnische Delegation äußerte sich besorgt darüber, dass "Personen, die krank sind, nach drei Tagen nicht mehr bezahlt werden. Sie gehen arbeiten, auch wenn sie krank sind. Sie kennen ihre Rechte nicht. Die Regierung verweist

auf Informationen auf einer Website, aber was ist mit älteren Menschen?" Eine andere Teilnehmerin beschreibt die schwierige Situation wohnungsloser Menschen in Dänemark: "Du musst allzeit für soziale Aktivierungsmaßnahmen bereit stehen. Sie schicken dir einen Brief, aber wenn du wohnungslos bist, bekommst du ihn nicht."

*"Wenn ich arbeitslos bin, muss ich dem Arbeitsmarkt immer zur Verfügung stehen. Aber ich sitze nicht neben dem Telefon und warte auf ein Jobangebot, das nie kommt. Wenn du zwei oder drei Jahre lang arbeitslos bist, entwickelst du einen anderen Lebensstil, du startest andere Aktivitäten anstatt immer nur zu warten und du stehst weniger zur Verfügung. Das führt zu Stress und psychosomatischen Erkrankungen." (Niederlande)*

Die polnische Delegation schlug vor, dass die Lohnnebenkosten für Arbeitgeber reduziert werden sollten, damit diese mehr Menschen beschäftigen, was im Gegenzug zu einer Steuererhöhung für die Regierung führen würde. Dem widersprachen die deutschen TeilnehmerInnen. Ihrer Meinung nach geht es um besser Verteilung. Die Sozialabgaben sollten nicht reduziert, sondern die Löhne gesichert und ein bestimmter Betrag pro Monat garantiert werden. Es geht um eine Verteilung von oben nach unten.

## Jeder Job kann ein anständiger Job sein

Viele TeilnehmerInnen betonten, dass es notwendig sei anzuerkennen, dass jeder Job ein anständiger Job sein kann. "Man braucht ÄrztInnen und AnwältInnen, aber die Gesellschaft würde nicht funktionieren ohne Reinigungspersonal, FabrikarbeiterInnen und HandwerkerInnen." Oft fehlt es an Anerkennung für wichtige Jobs. "Menschen, die in niedrig qualifizierten Jobs arbeiten leiden oft an Depression oder anderen psychischen Krankheiten. Ihre Wohnsituation, hohe Mieten oder schlechte Wohnmöglichkeiten wirken sich auf vielfältige Weise auf die Lebensqualität aus." (Irland)

Es ist wichtig, eine solidarische Ökonomie anstelle einer rein profitgetriebenen Wirtschaft, die auf Ausbeutung beruht, zu stimulieren. Es geht darum, Menschen und nicht Profit in den Mittelpunkt des Wirtschaftens zu stellen. Regierungen könnten dies durch entsprechende Investitionen fördern, aber sie haben finanzielle Schwierigkeiten und soziale Unternehmen werden eingespart.

Unter anderem wurde auch angemerkt, dass es wichtig ist, sich zu vergegenwärtigen, dass **niedrigere Lohnabgaben auch die zur Verfügung stehenden Mittel für das Sozialsystem reduzieren.**

## Neue Arbeitsplätze

Gerade im sozialen Sektor gibt es auch Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze. Gleiches gilt für den Kulturbereich, den Bereich der Pflege und für Schulen. Trotzdem besteht Anlass zur Sorge, dass Jobs abgebaut werden und dass erwartet wird, dass Freiwillige die Arbeit unbezahlt übernehmen.

Gut bezahlte Jobs sind wichtig, weil sie auch die Basis für gute Sozialleistungen, wie beispielsweise eine anständige Pension bzw. Rente bilden. Die enge Verbindung zwischen sozialer Inklusion und nachhaltiger Entwicklung muss durch nachhaltige Jobs und Investitionen in neue Arbeitsplätze zur Überwindung von Energiearmut gestärkt werden.

## Selbständigkeit

Viele Regierungen ermutigen Menschen zur Arbeit als Selbständige. Selbständige jedoch gehörten zu den ersten Opfern der Krise und müssen oft für Einkommen unter dem Existenzminimum arbeiten ohne dabei Rechte auf eine Pension/Rente zu erwerben.

Die Delegierten drängten auch darauf, dass Fragen rund um undeclared Arbeit, unsichere und niedrig bezahlte Arbeitsplätze und Leiharbeit, sowie Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern (Gender Pay Gap) behandelt werden müssen. In Polen weichen große Firmen zunehmend auf Leiharbeitsverträge aus. Sie nutzen **zwischengeschaltete Agenturen** um Angestellte anzuheuern und sagen, dass sie diesen 8 Zloties (2 Euro) per Stunde zahlen, ein Teil davon geht jedoch an die Agentur und die ArbeitnehmerInnen selbst bekommen entsprechend weniger. "Warum akzeptieren wir zwischengeschaltete Agenturen? Andere Menschen beuten uns aus." (Polen)

Ein weiteres großes Problem ist der Mangel an Geld, um Probleme zu beheben, die die eigenen Chancen am Arbeitsmarkt beeinträchtigen, zum Beispiel rund um die **Zahngesundheit**: Viele armutsbetroffene Menschen haben kein Geld für Zahnarztbesuche, die norwegische Regierung jedoch unterstützt Zahnarztbehandlungen nicht.

## Mangel an Arbeitsplätzen

Der Zugang zu einem Job ist wichtig, was aber wenn es **keinen Job** gibt? Arbeitslosigkeit ist ein strukturelles Problem. Wenn du keinen Job findest, wird aus dem strukturellen ein persönliches Problem. In Österreich kommt auf zehn Arbeitslose ein Jobangebot und dennoch werden Arbeitslose wie Kriminelle behandelt. PolitikerInnen sehen nur die Zahlen und nicht die Menschen, die hinter den Zahlen stehen. Arbeitsverträge, so es sie überhaupt gibt, beinhalten mehr und mehr problematische Auflagen.

*"Ich verkaufe Straßenzeitungen ... Letzte Woche musste ich mir von zwei jungen Leuten, die einen Kaffee in einem Straßenlokal tranken, sagen lassen, ich solle mir doch einen richtigen Job suchen. Ich würde das sehr gerne tun, aber es gibt keinen Job für mich." (Österreich)*

*"Als arbeitslose Person spüre ich immer die vorwurfsvollen Blicke arbeitender Menschen auf mir. Ich möchte auch an der Gesellschaft teilhaben. Ich möchte meine Kinder zur Schule schicken. Ich möchte die notwendigen Formulare ausfüllen. Ich mag es nicht, mich selber als jemanden ohne jede Bedeutung für die Gesellschaft zu sehen. Sie sollten nicht mich für die Hindernisse verantwortlich machen,*

*die den Weg zu einer Ausbildung oder einem Arbeitsplatz verstellen."*

*"Es ist immer noch eine weit verbreitete Annahme, dass wer einen Job finden will, auch einen bekommt."*

*"Wenn du nicht arbeitest, bekommst du nicht viel Geld und es ist schwierig, dich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Du lebst ohne Zukunftsperspektive, weil du kein Geld hast und auch in Zukunft keines haben wirst" (Niederlande).*

Wichtige Merkmale eines anständigen Jobs sind ein Arbeitsvertrag über mehr als sechs Monate, ein anständiger Lohn und eine befriedigende Tätigkeit." (Belgien)

"Wenn du einen befristeten Arbeitsvertrag hast, bekommst du keinen Kredit von der Bank und darunter leiden vor allem junge Menschen." (Slowenien)

Es bestehen auch Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen, wo es noch schwieriger ist, einen Job zu finden.

*"Viele leben von nichts. Es gibt viele Alkoholprobleme. Wir stehen an der Spitze der Selbstmorde in Europa. Unsere Löhne sind zu niedrig und speziell im ländlichen Raum sind die Mobilitätskosten zu hoch." (Litauen)*

## Wohnungslosigkeit und schlechte Wohnverhältnisse als Arbeitsmarkthindernis

Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass Wohnungslosigkeit und schlechte Wohnverhältnisse eine große, oft unbeachtete Barriere für die Arbeitsmarktintegration darstellen. Anständige Wohnmöglichkeiten sollten in unseren reichen Ländern selbstverständlich sein, zumal Strukturfondmittel für die Bekämpfung schlechter Wohnkonditionen zur Verfügung stehen.

*"Viele glauben, dass nur Menschen, die auf der Straße leben, wohnungslos sind. Du kannst auch in Heimen, bei FreundInnen oder in Bahnhöfen übernachten. Auch da gibt es armutsbetroffene Personen, und sie scheinen in den Statistiken nicht auf." (Spanien)*

## Qualitätvolle Arbeitsplätze, anständige Löhne und soziale Rechte

### Vorschläge aus den Workshops

Ein Mindestsicherungssystem in jedem Mitgliedsland, in einer Höhe, die über der Armutsgrenze liegt - ohne Diskriminierung vor allem in Hinblick auf Alter - und ein Leben in Würde ermöglicht. Als Indikatoren für die Berechnung sollen sowohl Haushaltsausgaben als auch der Zugang zu Bildung, Telefon, Internet und Reismöglichkeiten dienen.

Umsetzung der Europäischen Empfehlung zur aktiven Eingliederung und deren drei Säulen: adäquate Mindestsicherung (und eine entsprechende Richtlinie), Zugang zu qualitativollen Dienstleistungen und Unterstützung beim Zugang zu einem guten Arbeitsplatz; ein integrierter Zugang – und nicht bloße Aktivierungsmaßnahmen – ist hier zentral.

Anständige Sozialleistungen für Menschen, die krankheitsbedingt keiner Erwerbsarbeit nachgehen können.

Schluss mit der kulturellen Diskriminierung zwischen Angestellten und ArbeiterInnen.

Bewußtseinsbildung hinsichtlich sozialer und Arbeitsrechte und deren Vollzug

Die Freiheit einen angebotenen Job anzunehmen oder abzulehnen.

Gesetzliche Regeln zur Arbeitsplatzqualität und existenzsichernde Löhne für ArbeitnehmerInnen und deren Familien

Restriktionen für unsichere ausbeuterische Arbeitsverhältnisse.

Aufrechterhaltung der Beiträge zum Sozialversicherungssystem.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – für Männer und Frauen.

Anständige existenzsichernde Löhne müssen zentrales Ziel jeder Arbeitsmarktpolitik sein.

Bessere Bedingungen im Hinblick auf Mobilität, Kinderbetreuung und Zugang zu Arbeitsplätzen.

Sicherheit durch langfristige Arbeitsverträge und arbeitsrechtlichen Schutz.

Das Problem Working Poor muss hoch auf die politische Agenda gesetzt werden.

Vorschläge zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft sind notwendig.

Qualitätsstandards und Indikatoren müssen entwickelt werden.

Put forward proposals related to the hidden economy

Quality Standards (indicators) should be developed

# Bildung, Ausbildung, lebenslanges Lernen

Der Zugang zu Grundrechten muss auch den Zugang zu Beschäftigung, Wohnen, Bildung und **Ausbildung** umfassen. Nach Meinung der Delegierten mangelt es oft an Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten oder diese passen nicht für die speziellen Bedürfnisse oder sind – aufgrund der damit verbundenen Kosten (z.B. Fahrtkosten) - unerschwinglich für Menschen mit niedrigem Einkommen. Außerdem gibt es die Erfahrung, dass Ausbildungen bzw. Praktika oft als Möglichkeit gesehen werden an kostenlose Arbeitskräfte zu kommen und sich daraus nie ein bezahltes Arbeitsverhältnis ergibt. Auch nach einem Ausbildungsprogramm gibt es keine Garantie auf einen Arbeitsplatz. Es wird vorgeschlagen, dass es Förderprogramme für Ausbildungsplätze und nachherige Anstellung der ausgebildeten Personen geben soll. Die Delegierten aus Luxemburg fragten explizit nach, wie die Europäische Union den Zugang zu Ausbildung fördert.

Bildungsangebote müssen sich auf den ganzen Lebenszyklus und auf Mädchen und Burschen gleichermaßen beziehen, deshalb braucht es Investitionen in Schulen, aber auch in Angebote auf den Gebieten Kultur, Musik und Sport, damit alle bessere Chancen erhalten.

Die TeilnehmerInnen wiesen auch auf die **Diskrepanz zwischen den angebotenen Job-Trainings und den verfügbaren Stellen am Arbeitsmarkt** hin. Es braucht Schulungen für neue Jobs zum Beispiel im Sektor persönlicher Dienstleistungen oder im Umweltsektor. Es wurde Sorge darüber geäußert, dass EU Förderprogramme eher Jobs für Privatunternehmen schaffen als der Integration arbeitsloser Männer und Frauen in den Arbeitsmarkt dienen und es mehr Kontrolle über die Verwendung von Fördermitteln braucht. Es sei gut, dass in manchen Programmen auch die Kosten für Kinderbetreuung und Fahrtkosten getragen werden, die Probleme entstünden jedoch oft auch bei der Annahme eines Jobs, wenn man auf einen Schlag alle Sozialleistungen verliert. Die Sicherstellung von Finanzierung guter Ausbildungsangebote ist ein wichtiger erster Schritt.

*“Wir arbeiten mit Roma, aber ich kann die LehrerInnen nicht anständig bezahlen, weil wir keine Unterstützung von der Regierung bekommen. Wir sind die Armen, die den Armen nicht helfen können.” (Slowakei)*

Konkrete Resultate sind wichtig. *“Ich hatte ein Drogenproblem und bin jetzt in einem Ausbildungsprogramm. Ich weiß aber nicht was danach passieren wird, wir gehören zu den Menschen, die nach der Ausbildung nur Nummern sind. Es gibt Möglichkeiten, aber die Unternehmen müssen dir eine wirkliche Chancen geben”*

Darüber hinaus gibt es auch hoch (aus)gebildete (meist junge) Menschen ohne Arbeitsplatz, es braucht also mehr als nur gute (Aus-)bildung. In Finnland hat eine Studie gezeigt dass Anpassungsfähigkeit und Motivation – und nicht Ausbildung oder Alter - die ausschlaggebenden Faktoren für den Erhalt eines Jobs waren.

Mangelnde Anerkennung für vorhandene Qualifikationen bilden ebenfalls oft eine Hürde. Die Ausbildung die MigrantInnen in ihrer Heimat absolviert haben, sollte anerkannt werden.

*“Ich bin von Venezuela, meine Ausbildung wird in Portugal nicht anerkannt, mein Sohn soll aufs Gymnasium, aber ich weiß nicht, wie ich das bezahlen soll. Ich lebe nicht mehr, ich überlebe nur. Ich soll Kurse machen, weil ich arbeitslos bin, habe aber kein Geld, diese zu bezahlen. Und wie soll ich einen Job finden, wenn mein Abschluss nicht anerkannt wird?”*

Sehr deutlich brachten die TeilnehmerInnen zum Ausdruck, dass die Lehre ein wichtiger Weg sei und dass jedes Handwerk wertvoll sei und in seiner Bedeutung anerkannt werden müsse. Die Mitgliedsstaaten seien gefordert, hier entsprechende Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten zu schaffen.

Während der Sektor der Sozialökonomie abgebaut wird, gibt es in vielen Ländern immer mehr Menschen, die von Bildung und Ausbildung ausgeschlossen werden. Die polnische Delegation verwies hier insbesondere auf die Ausgrenzung von Alleinerziehenden.

## Bildung, Ausbildung, lebenslanges Lernen

### Vorschläge aus den Workshops

Überwindung von Bildungs- und Ausbildungshindernissen

Besserer Zugang zu Information und Unterstützung

Verstärkte Unterstützung für Menschen die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben

Informationen zu Rechten für alle Arbeitslosen

Finanzielle Unterstützung für Menschen in Ausbildung

Anerkennung von Qualifikationen

Schluss mit der Kürzung der Ausgaben für Bildung und Schulen – auch in Zeiten von Sparprogrammen.

Schaffung von integrierten Angeboten des Zugangs zu Beschäftigung, Dienstleistungen, Wohnraum und adäquater Mindestsicherung in allen Ländern.

# Arbeitsagenturen: Eine vergebene Chance?

Viele Deleigerte erzählten von den Schwierigkeiten mit ihren Arbeitsagenturen bzw. am Arbeitsmarktservice und kamen übereinstimmend zum Schluss, dass diese *“nur auf den Job fokussieren und die komplexen Problemlagen rundherum nicht in Betracht ziehen, wie etwas Fahrtmöglichkeiten, Gesundheitszustand ...”* (Frankreich). Sehr oft werden die Angebote der Agenturen bzw. Job-Centers eher als Hindernis denn als Unterstützung bei der Jobsuche erfahren.

*“Arm auszuschaun hilft dir nicht, einen Job zu finden”* (UK) und die Suche nach einem Job ist ein Job für sich. *“Wir brauchen Werkzeuge, Geld für Fahrtkosten und Telefongespräche”* (Tschechische Republik) und *“Betreuung durch einen Person, damit wir nicht von Referenten zu Referentin und von Amt zu Amt geschoben werden”* (Ungarn). Die TeilnehmerInnen berichteten auch von absurden Bedingungen, die ihnen gestellt werden. In Österreich werden Arbeitssuchende vom Arbeitsmarktservice oft in die Selbständigkeit gedrängt, was für Personen ohne Rücklagen ein Risiko darstellt, insbesondere wenn diese krank werden.

Es ist notwendig, dass für die Arbeit in Arbeitsagenturen Menschen angestellt werden, die selbst Erfahrungen mit Armut und eine entsprechende Ausbildung haben und laufende Fortbildungsangebote durchlaufen. Sie sollten wissen, was es bedeutet im Hier und Jetzt zu leben. Und es ist wichtig für Menschen mit Armutserfahrungen mit anderen Menschen mit Armutserfahrungen zusammen zu kommen, da *“wir es sind, die am besten erklären können, was es bedeutet arm zu sein und wie der beste Lösungsansatz entwickelt werden kann”*. *“Viele Menschen suchen erst gar nicht um Sozialleistungen an, wegen der Stigmatisierung oder weil sie nicht wissen, dass sie ein Recht darauf haben”* (Finnland).

Viele Delegierte erzählten von ihren Erfahrungen mit Arbeitsagenturen:

*“Ich bin Roma und bin an Diskriminierung gewöhnt, als Student, als Arbeitssuchender. Ich werde nur angeschaut und schon komm ich für den Job nicht in Frage”* (Tschechische Republik).

*“Die öffentliche Stellenvermittlung ist überhaupt nicht hilfreich. Für mich ist die Suche übers Internet viel nützlicher.”* (Tschechische Republik)

*“Einer Frau wurde empfohlen, ihre Kinder ins Heim zu geben, da sie nicht genug Geld hatte, um sie zu versorgen. Das ist absurd. Sie hatte vier Kinder und es wäre viel teurer, diese in einem Heim aufzuziehen.”*

*“In meiner Stadt in Slowenien haben 300 Menschen ihren Job verloren und all ihre Familien waren davon betroffen. Die Kindern bekommen mit, dass sich die Eltern nichts leisten können, viele Menschen schämen sich Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, wofür das Ausfüllen von zig Formularen notwendig ist. Gemäß unserem Gesetz müssen Personen, die Sozialleistungen beziehen, ihr Haus dem Staat überschreiben. Um das zu vermeiden, entscheiden viele ältere Menschen eher Schulden anzuhäufen und diese an ihre Kinder zu vererben. Meine Kinder merken, dass sie weniger haben als andere Kinder. Eltern können sich die Ausgaben für studierende Kinder nicht leisten. Wenn du auf ein Amt gehst, wirst du gefragt “Was kann ich für Sie tun?” und du kannst nur sagen, dass du nicht genug Geld zum Überleben hast.*

## Arbeitsagenturen: Vorschläge aus den Workshops

Arbeitsagenturen müssen Unterstützung anbieten und dürfen Menschen nicht in unpassende Jobs oder Ausbildungen drängen.

Arbeitsmarktpolitik und die angebotenen Dienstleistungen müssen die Expertise von Menschen mit Armutserfahrungen wertschätzen und integrieren.

Soziale NGOs und Soziale Unternehmen, die ausgegrenzte Menschen beim Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützen, brauchen öffentliche Finanzierung.

# Diskriminierung: Ein großes Beschäftigungshindernis

Für viele der TeilnehmerInnen basieren die Schwierigkeiten Beschäftigung zu finden auf Diskriminierung. Vernetzung ist eine der Möglichkeiten, Diskriminierung entgegen zu treten. Da viele Jobs aufgrund von Beziehungen vergeben werden, *„ist es schwierig, wenn man kein Netzwerk hat“*. Das wirkt sich auch auf die eigenen Kindern aus, auf die die Erfahrung, dass Beziehungen und Netzwerk mehr bedeuten als gute Bildung, sehr demotivierend wirken kann. Auf diese Weise wachsen Armut und Ausgrenzung. (Norwegen)

Trotz bestehender Anti-Diskriminierungs-Gesetzen auf nationaler und auf EU-Ebene erfahren Roma, Personen mit Behinderungen, ältere Menschen und MigrantInnen Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer Einschränkungen. Zwar stellt die EU Mittel zur Bekämpfung von Diskriminierung zur Verfügung, es ist jedoch unklar, wie diese ein- bzw. umgesetzt werden und wie hilfreich sie sind, z.B. *„wenn du auf Jobsuche bist und einem potentiellen Boss gegenüber sitzt und er dich fragt, ob du vorhast zu heiraten und Kinder zu bekommen“*. Niemand sollte aufgrund ihrer oder seiner Hautfarbe, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung diskriminiert werden.

## Roma und Travellers

Roma leben vielfach noch stets in – oft illegalen – Camps ohne jegliche Infrastruktur. Es ist für sie oft viel schwerer an Papier zu kommen, weil sie keine Adresse angeben können und weil sie keine Papier haben, bekommen sie keine Arbeit (Italien). Die TeilnehmerInnen begrüßten die EU-Roma Strategie, die mit der Europa 2020 Strategie in Verbindung steht, fragten sich aber, wann all diese Strategien Umsetzung finden werden.

*„Ich komme von einer Roma Familie mit vielen Problemen, aber ich bekomme Unterstützung und ich werde wohl aus der Armut finden. Ich glaube, dass eine bessere Verwendung der Mittel unsere Situation verbessern könnte, denn manchmal gibt es tatsächlich Mittel und es ist die Frage, wie diese verwendet werden. Ich bin als arbeitslos registriert, auch wenn auf meiner Visitenkarte zu lesen ist, dass ich Direktor einer NGO bin. Roma werden diskriminiert und stigmatisiert. Ich habe fünf Kinder und das Risiko, dass sie weiterhin in Armut leben werden, ist groß. Wenn das Ziel von 20 Millionen weniger Armutsbetroffenen erreicht werden soll, brauchen wir den Mut die existierenden Gesetze auch umzusetzen.“* (Slowakei)

*„Soziale Inklusion ist schwierig, aber möglich, Integration in den Arbeitsmarkt für Roma ist unmöglich – hier geht es um Rassismus.“* (Tschechische Republik)

*„In Irland wird nichts umgesetzt, es gibt Wohnraumprogramme für Travelleres, aber wenn nichts passiert, gibt es auch keine Sanktionen.“*

## Junge und ältere Arbeitslose

**„Kinder werden als halbe Personen betrachtet und nicht als BürgerInnen, sie haben kein Wahlrecht, aber sie sind unsere Zukunft.“** (Ungarn, Frankreich)

In ganz Europa sind immer mehr Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen, junge Leute verlieren dabei ihren Selbstwert und ihr Selbstvertrauen. Sie fühlen sich verloren am nationalen und Europäischen Arbeitsmarkt und brauchen mehr Unterstützung. Zunehmende Kontrollen rund um den Bezug von Sozialleistungen machen ihnen Angst, sie nehmen an Kursen teil, nur um dann erst Recht erfolglos nach Arbeit zu suchen und viele fragen sich nach dem Grund dafür? Die Zahl an Plätzen in Ausbildungszentren ist eingeschränkt.

*„In einer Studie zur Motivation junger Leute zeigt sich, dass es darauf in erster Linie ankomme. Die am stärksten motivierten Personen schnitten am besten ab ...“* (Finnland)

Arbeitgeber erwarten normalerweise Erfahrung von BewerberInnen, erfahrene Angestellte wiederum verlangen höherer Löhne und werden deshalb nicht angestellt.

Junge Menschen ohne Berufserfahrung werden ungern eingestellt. *„Sie suchen Menschen mit Erfahrungen, aber woher sollen diese Erfahrungen kommen?“* Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass es für junge Leute wichtig ist so schnell als möglich nach dem Abschluss der Schule einen Job zu finden. *„Wenn Jugendliche monatelang keine Arbeit haben, verlieren sie die Hoffnung und ihre Träume lösen sich auf.“* *„Junge Leute brauchen Unterstützung, damit sie von der Straße weg kommen und eine Chance haben, herauszufinden, was sie machen wollen. Sonst gehen ihre Talente der Gesellschaft verloren“* (Österreich). *„Wir müssen Jugendlichen, die in der Schule versagen, so schnell als möglich helfen, wieder eine Chance zu bekommen.“* Im Hinblick auf schulische Unterstützung geht es nicht nur um Mahlzeiten, Exkursionen, Bibliotheken, Musik, Theater und Ausbildung, sondern auch um eine bestimmte Kultur, die es jungen Menschen ermöglicht berufliche Entscheidungen zu treffen.

Erfahrene ältere ArbeitnehmerInnen arbeiten oft unter prekären Bedingungen. Andere werden aus ihren Jobs gedrängt. Eine dritte Gruppe findet keinen Job, obwohl sie Erfahrungen haben. Das führt zu niedrigen Pensionen. Und auch der technische Fortschritt macht es für manche schwierig.

## MigrantInnen

Vielen MigrantInnen wird die Anerkennung ihrer Ausbildung versagt. Zusätzlich sehen sie sich bei der Arbeitssuche mit Rassismus und Vorturteilen konfrontiert, insbesondere wenn sie Roma sind oder aus Nordafrika kommen. Einige Arbeitgeber diskriminieren BewerberInnen auch aufgrund ihrer Adresse (Irland). Viele MigrantInnen arbeiten unter schrecklichen Bedingungen, werden unterbezahlt und ausgebeutet. (Malta)

Für MigrantInnen ist es auch aufgrund der Nichtanerkennung ihrer Zeugnisse schwerer Arbeit zu finden.

*„Ich bin ein Migrant aus dem Sudan und habe dort in der Vergabe von Mikrokrediten gearbeitet. Im Jahr 2000 kam ich nach Norwegen und obwohl meine Ausbildung hier anerkannt wurde, war es schwer einen Job zu finden. Ich habe dann noch*

einmal in Norwegen studiert und hoffte, danach rasch einen Job zu finden. Seit 2005 habe ich nun meinen Master-Abschluss und seither hatte ich viele Bewerbungen, aber noch immer keinen Job. Ich kann auch niemanden um einen Job bitten, weil ich kein Netzwerk habe. Deshalb besuche ich nach wie vor Ausbildungskurse (derzeit einen Buchhaltungskurs), aber sie helfen mir nicht. Ich kenne den Arbeitsmarkt nicht gut genug und habe um Unterstützung gebeten. Ich bin dann in einen Motivationskurs für schlecht ausgebildete Menschen geschickt worden, ich bin aber ohnehin schon motiviert. Später wurde mir gesagt, ich sei überqualifiziert. Das ist beispielhaft für gute aber ineffiziente Initiativen.“ (Norwegen).

## Menschen mit Behinderungen

Sowohl Menschen mit Behinderungen als auch Eltern, die sich um Kinder mit Behinderungen kümmern, werden am Arbeitsmarkt diskriminiert. Alle Menschen haben das Recht auf ein Leben in Würde. Einer der Delegierten unterstrich, dass „auch Menschen mit Behinderungen eine Seele und einen Verstand haben, wir möchten ernst genommen werden und Hindernisse sollten beseitigt werden. Ich liebe das Leben und ich möchte respektiert werden. Es ist lästig, immer um Hilfe bitten zu müssen. Ich möchte mich selbständig beteiligen können.“ (Italien) „Sozialleistungen sollten der Situation angemessen sein, zum Beispiel, wenn man ein behindertes Kind oder einen Erwachsenen betreut.“ Etliche TeilnehmerInnen sprachen über ihre eigenen Erfahrungen als Menschen mit Behinderung oder Elternteil eines Kindes mit Behinderung.

*„Ich lebe in einer kleinen Provinzstadt wo es viele behinderte Menschen gibt. Es gab auch ein spezielles Beschäftigungsprogramm der EU, aber das war für Menschen mit Behinderung nicht zugänglich. Ich arbeite jetzt, werde aber nicht bezahlt bzw. werde nur auf dem Papier bezahlt, was bedeutet, dass ich auch keinen Anspruch auf Sozialleistungen habe.“ (Litauen)*

*„Ich bin 28 und auf Arbeitssuche. Ich habe einen Schulabschluss und einen Abschluss in Betriebswirtschaft und kann trotzdem keinen Job finden. Ich glaube, es hat damit zu tun, dass ich behindert bin und Unternehmen mich deshalb nicht anstellen wollen.“ (Bulgarien)*

*„Spanische Universitäten bieten oft Unterstützung für Menschen mit Behinderungen an. Das Problem ist, dass du auch mit einem Abschluss in einem unqualifizierten Job landest.“*

## Menschen mit psychischen Problemen

Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen trifft auch Menschen mit psychischen Problemen. Die TeilnehmerInnen schlugen vor, dass es geschützte Arbeitsplätze brauche, damit mehr Menschen sich integriert und für die Gesellschaft nützlich fühlen können. Die niederländische Delegation stellte fest, dass es *„bei immer mehr junge Menschen mit psychischen Krankheiten zur Rückkehr in spezielle Kursmaßnahmen komme*

*... Wenn sie gezwungen werden in einem herkömmlichen Unternehmen zu arbeiten und es dort nicht schaffen, beginnt der ganze Prozess wieder von vorne.“* Gefordert seien deshalb geschützte Arbeitsplätze für Menschen mit psychischen Problemen, da es wichtig ist, dass diese gemäß dem eigenen Tempo – und auf Basis persönlicher Beratung und eines speziellen Plans - arbeiten können.

## Andere Formen der Diskriminierung

Transsexuelle Personen erfahren ein hohes Maß an Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft. Sie finden keine Arbeit, sie werden stigmatisiert und viele werden zur Prostitution gezwungen, die oft die einzige Erwerbsmöglichkeit und einen Weg, Armut zu vermeiden, darstellt. (Italien). Opfer des Menschenhandel sind eine weitere Gruppe für deren Unterstützung es die Zusammenarbeit vieler Institutionen braucht (Italien). „Das Problem wird in der EU nicht anerkannt, sie haben keinen Schutz und es gibt kein Gesetz, dass ihnen Zugang zu Bildung und Ausbildung verschafft, weil es insgesamt an gesetzlichen Regelungen für die, die aus dem System fallen, fehlt.“ (Italien)

Spezielle Aufmerksamkeit verdient auch die Stigmatisierung von ehemaligen Drogenabhängigen, die keine zweite Chance am Arbeitsmarkt bekommen.

### Diskriminierung:

#### Vorschläge aus den Workshops

Starke Anti-Diskriminierungsgesetze und deren Umsetzung, um Stigmatisierung und Diskriminierung zu stoppen.

Maßgeschneiderte individuelle Unterstützung, um den spezifischen Bedürfnissen und Hindernissen verschiedener Gruppen gerecht zu werden.

Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen müssen auch die Bedürfnisse von Menschen mit psychischen Problemen beachten.

Investitionen in Schulen sind notwendig, junge Menschen, die vorzeitig die Schule verlassen, dürfen nicht sich selbst überlassen werden.

Bildungskürzungen müssen gestoppt und in lebenslanges Lernen muss investiert werden damit Arbeitskräfte für die Zukunft abgesichert sind.

# Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Fürsorgetätigkeiten und Freiwilligenarbeit

## Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Ignoranz bezüglich der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das Familienleben wurde von den Delegierten genauso thematisiert wie die Schwierigkeiten, die es oft für sie bedeutet, einen Job zu finden und zu behalten bzw. in ein Arbeitsverhältnis zurückzukehren. "Die EU tendiert dazu die Frage nach dem Familienleben aus der Debatte, dass Menschen arbeiten sollen, auszulassen." Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist aber eine große Herausforderung. Einer der Hauptgründe für die Armutsbetroffenheit von Familien ist es, dass die Eltern keinen Job finden. Nichtsdestotrotz dürfe Kinderarmut auch nicht einfach auf Familienarmut reduziert werden, weil Kinder eigene Rechte haben, auch auf Teilhabe.

Die täglichen Spannungen, die aus dem Mangel an Geld resultieren, erhöhen das Scheidungsrisiko. Kinder werden aufgrund von Arbeitslosigkeit, also aus ökonomischen Gründen von ihren Eltern weggenommen, mit dem Risiko, dass die Beziehung ganz abbricht.

Ein Schlüsselthema hinsichtlich des Zugangs zu einem Arbeitsplatz ist deshalb die Unterstützung, die es für die Familie gibt. Familien sind eine Investition für die ganze Gesellschaft, die Beziehung zwischen Eltern und ihren Kindern ist für die Entwicklung der Kinder ausschlaggebend. In Österreich bekommen Eltern bis zu 10 Tage Pflegeurlaub, wenn ein Kind krank ist; die Anzahl bleibt jedoch gleich, auch wenn man fünf Kinder hat. "Arbeitgeber stellen Frauen oft wegen diesser zehn Tage nicht an."

Das Wohlergehen von Familien wird nicht in allen Mitgliedsländern unterstützt bzw. oft sogar ignoriert. Vor allem Alleinerziehende werden ihrem eigenen Schicksal überlassen, Kinder werden – angeblich zu ihrem eigenen Besten – den Eltern weggenommen, obwohl die vorhandenen Probleme gar nicht in der Familie liegen, sondern es nur darum geht, einen angemessenen Job zu finden. Viele Eltern müssen weit weggehen, um einen Job zu finden und ihre Kinder als "Eurowaisen" in der Obhut der Großfamilie, die nicht immer in der Lage ist für sie zu sorgen, zurücklassen. "Wir arbeiten im Ausland und fahren im Urlaub nach Hause." (Litauen)

"Wir brauchen kulturelle Veränderungen, damit die Lasten (und Freuden) der Haus- und Familienarbeit besser auf Partner und alle Familienmitglieder verteilt wird." (Ungarn)

"Es braucht Zugang zu Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, aber auch Gesundheitsversorgung, damit Menschen arbeiten gehen können."

"Als Mutter muss ich immer mehr arbeiten um unseren Lebensunterhalt zu verdienen und sehe meine Kinder immer weniger. Wenn im Juni mein Vertrag endet, habe ich kein Einkommen mehr und muss wahrscheinlich weggehen und werde vielleicht meine Kinder verlieren. Ein würdiges Einkommen ist wichtig. Es ist absurd, dass Kinder heutzutage die Schulden ihrer Eltern erben." (Polen)

## Fürsorgetätigkeiten

Care-Arbeit, also Tätigkeiten, die sich mit Pflege, Betreuung, Versorgung beschäftigen, erfahren sowohl in als auch außerhalb der Familie wenig Anerkennung, auch im Hinblick auf die Berechnung von Pensionen und anderen Sozialleistungsansprüchen. In vielen Ländern, werden Menschen, die in der und für die Familie Pflege- und Betreuungsarbeiten übernehmen, nicht auf dieselbe Weise entlohnt, die ihnen für außerhäusliche Pflege zustehen würde, viele Menschen arbeiten also in der Pflege und Betreuungsarbeit ohne dass dies als Arbeit anerkannt wird. Sie dabei nicht ausreichend abgesichert, ohne Sozialversicherung, ohne Krankenversicherung und ohne Gehalt. Viele davon haben keine andere Wahl als sich selbst um zu betreuende Familienmitglieder zu kümmern, zum Beispiel im Falle einer Behinderung.

In Spanien hat eine autonome Gemeinde ein Gesetz zur Unterstützung von Personen in der Pflege verabschiedet, das aber abhängig von der Schwere der Erkrankung der zu betreuenden Person ist. Bis Rechte wie dieses anerkannt werden, dauert es zudem, das Gesetz wurde zwar verabschiedet, aber noch nicht umgesetzt. In der Zwischenzeit fehlt es an Unterstützung für die Pflegenden: "Wir können nicht bis zur Endphase einer Krankheit warten."

In den Niederlanden ist festzustellen, dass im Zuge von Einsparungen immer mehr Jobs im Sozialen-, Gesundheits- und Kulturbereich verschwinden und Arbeitskräfte durch unbezahlte freiwillige bzw. ehrenamtliche MitarbeiterInnen ersetzt werden. Pflege- und Betreuungsangebote müssen verfügbar sein, und zwar nicht nur im Bereich der Kinderbetreuung sondern auch im Bereich der Gesundheitsdienste, damit Menschen einer Erwerbsarbeit nachgehen können.

"Ich habe eine Tochter mit Behinderung, die bald 17 wird und die Grundschule abschließt – sie hat keine Chance auf Integration. Ich musste meine Leben auf ihre Bedürfnisse abstimmen. Sobald sie 18 ist, wird sie entsprechende Sozialleistungen für Menschen mit Behinderungen beziehen. Sie ist quasi zu Hause gefangen, wir haben kein Geld, um ins Restaurant oder ins Café gehen zu können, wir haben kein zusätzliches Geld. Wir wünschen uns, dass unsere Tochter integriert ist, aber es scheint unmöglich zu sein." (Slowakei)

## Alleinerziehende

Alleinerziehende Eltern leiden besonders an durch Arbeitslosigkeit bedingter Armut.

"Als alleinerziehende Mutter ist es wirklich schwierig arbeiten zu gehen und Kinder aufzuziehen. Zusätzlich erschwerend kommen die Einschränkungen am Arbeitsmarkt und die kurzen Öffnungszeiten der Kindergärten dazu, die ein Grund sein können, warum alleinerziehende Eltern aufhören müssen zu arbeiten." (Norwegen)

*“In den Niederlanden hat unsere Organisation für ein Gesetz lobbyiert, das Alleinerziehenden das Recht auf eine verkürzte Arbeitszeit von 25 Stunden bei vollem Lohnausgleich gibt. Das Gesetz wurde verabschiedet, aber die Politik weigert sich, es umzusetzen.”*

*“Arbeit, Arbeit, Arbeit. Man hört nichts anderes auf europäischer Ebene. Auch in den Niederlanden sagt unser Minister ‘Arbeit, Arbeit, Arbeit – das wird all eure Probleme lösen’. Für Alleinerziehende ist es nicht einfach einer Erwerbsarbeit nachzugehen, weil beispielsweise die Schulzeiten der Kindern im Hinblick auf Arbeitszeiten bzw. Dienstpläne berücksichtigt werden müssen. Wenn dein Kind krank ist, fühlst du dich schuldig und beschuldigt. Alles hängt an dir, wenn du mit einer Erwerbsarbeit beginnst. Den meisten Menschen ist das nicht klar.”*

*“Für Alleinerziehenden-Haushalte ist es schwierig, dass es nicht genug Kindergärten gibt und für Mütter mit älteren Kindern stellt die mangelnde Nachmittagsbetreuung ein Problem dar.” (Österreich)*

## Freiwilligenarbeit

Anlässlich des EU-Jahrs der Freiwilligen 2011 stellten sich die Delegierten die Frage, ob sich daraus nicht ein neues Gesellschaftsmodell ergebe. Es wurde betont, dass Freiwilligenarbeit dazu führe, sich nützlich und aktiv zu fühlen und gelebte Solidarität statt Konkurrenz bedeutet – und ein großem kulturellen Wert sei.

Freiwilligenarbeit ist also an sich wichtig und nicht als Lösung für Arbeitsmarktprobleme. Einige TeilnehmerInnen fanden, dass die Erwartung, dass Personen unbezahlte Arbeit annehmen schlimmer als “Workfare” (also Arbeitszwang) sei und dass Freiwilligenarbeit kein Instrument der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung sein können, auch wenn es prinzipiell sinnvoll ist sich freiwillig zu engagieren, wenn man es sich leisten kann. Freiwilligenarbeit wird jedoch oft nur als unbezahlte Arbeit gesehen und kaum als gesellschaftlicher Beitrag verstanden.

*“Wenn ich mit meinen Freiwilligentätigkeiten aufhören würde, würde vieles in unsere Gesellschaft nicht mehr funktionieren: die Pflege meiner Eltern, meiner Kinder, die Unterstützung anderer Menschen. Diese Art von Arbeit wird von der Gesellschaft nicht anerkannt, ist aber weitaus wichtiger als Gemüse in einem Supermarkt zu verpacken.”*

## Vereinbarkeit, Pflege und Freiwilligenarbeit

### Vorschläge aus den Workshops

Ein integrierter Ansatz rund um Einkommen und Sozialleistungen und die Sicherstellung von Kinderrechten und Frühförderung.

Unterstützung für Eltern im Hinblick auf kostenlose Bildung und einen Betreuungsplatz für alle Kinder.

Care-Tätigkeiten sollten als Investitionen gesehen werden.

Es muss ein Gleichgewicht zwischen Mutterschafts- und Vaterschaftskarenz geschaffen werden, damit beide Eltern an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können.

Es braucht entsprechende Unterstützung für erwerbstätige Frauen mit Kindern, anstatt einfach nur Angebote außerhäuslicher Betreuung.

Wer sich freiwillig engagieren will, soll dabei unterstützt und nicht durch Kontrollen, Formulare und Authorisierungen behindert werden.

Anstellungskriterien sollten nicht nur berufliche sondern auch Erfahrungen aus der Freiwilligenarbeit berücksichtigen.

# Das Recht auf Würde

Die Delegierten fragten, warum Menschen aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen schwere Unfälle und sogar ihr Leben verlieren müssten: "diese Leute sterben, weil sie arm sind und keine Wahl haben".

Menschen in Rollstühlen mangelt es an Bewegungsfreiheit, auch sie sollten Wahlmöglichkeiten haben. Wir müssen sicherstellen, dass EU-Richtlinien eingehalten werden, "das muss in allen Mitgliedsländern beobachtet werden". Ausgangspunkt muss der Respekt für jeden Menschen sein, die Anerkennung wer und was wir sind. Menschen sind keine Maschinen, wir sind sehr viel komplexer und diese Komplexität wird oft nicht anerkannt. Es genügt nicht Ausbildung und Nahrung zu bekommen, es geht darum zu leben.

*"Ich habe den Eindruck, dass es uns in allen Ländern nicht glücklich macht, einen Job zu haben. Der Happiness Index macht Widersprüche deutlich: Ignoranz wird belohnt." (Estland)*

*"Wenn ich warten muss, bis mir eine Lösung präsentiert wird, behindert das meinen Zugang zu Grundrechten."*

*"Ich kann meinen Kindern die Beteiligung an Freizeitaktivitäten nicht ermöglichen, weil ich dafür bezahlen müsste."*

*"Wir repräsentieren die armutsbetroffenen Menschen unseres Landes und wir fordern unsere und deren Rechte. Wir fordern Würde."*

Mit Blick auf globale Migrationsbewegungen der letzten Jahre (speziell nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise) steht zur Debatte, wie die EU die Einhaltung der Menschenrechte auf ihrem Territorium garantiert. Es braucht eine gemeinsame Migrationspolitik, die die Einhaltung der Menschenrechte für alle garantiert, auch für Menschen aus Drittstaaten, siw Reisefreiheit ermöglicht und ärmere Mitgliedsstaaten bei der **Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt um unfreiwillige Migration zu reduzieren.**

Arbeit sollte auch Rechte garantieren, u.a. das Recht auf ein Einkommen, das ein Leben in Würde ermöglicht. Es braucht mehr Verteilung, wir müssen das System ändern. Am Wichtigsten ist es, die negativen Vorurteile gegenüber arbeitslosen Menschen zu bekämpfen.

*"Es gibt das Vorurteil, dass Menschen ohne Job passiv und faul sind. Ein Großteil ihrer Zeit wird jedoch von der Sorge um ihrer Gesundheit und die ihrer Familie, von der Jobsuche, von Herumfahreien und der Kontaktaufnahme mit unbekannt Menschen an unbekannt Orten beansprucht." (Polen)*

*"Arbeitslose Menschen wollen nicht im Sozialhilfebezug verbleiben, sie wollen arbeiten und unabhängig sein." (UK, Malta)*

*"Die Leute wollen nicht reich werden, sie wollen ein würdiges Leben." (UK)*

## Das Recht auf Würde Vorschläge aus den Workshops

Jede Art von Arbeit sollte mit Würde verbunden werden.

Es braucht Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und für die Eltern von Kindern mit Behinderungen. Die Betreuung von Menschen mit Behinderungen sollte als "Job" betrachtet werden.

Es braucht den Zugang zu Grundrechten: Wohnen, Beschäftigung, Kultur, Einkommen und Gesundheit.

Die Botschaft, dass *“Menschen mit Armutserfahrungen die Auswirkungen der Krise stärker spüren als Banken”* wurde von den TeilnehmerInnen nachdrücklich bestätigt. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass es nun zwar ein Armutsreduzierungsziel gebe, jedoch aufgrund der Krise Armut zunehmen würde. In Zuge der Suche nach Wegen aus der Krise müsse der Kampf gegen Armut deshalb Priorität haben. Der Wandel hin zu einer solidarischen Ökonomie muss im Zentrum stehen. Insbesondere müssten *“Arbeitslose doppelt für die Krise bezahlen”* und dürfe diese nicht *“als Begründung für alles”* herangezogen werden.

Ein/e TeilnehmerIn meinte, dass die EU sich von der Krise erholen müsse, *“so wie sie sich vom zweiten Weltkrieg”* erholen musste. Im Lichte der Krise äußerten die Delegierten Besorgnis darüber, wie die EU das Monitoring nationaler Politiken und vor allem die Umsetzung von Armutsreduzierungsempfehlungen und -strategien sicher stellen werde. (Zypern). Die Arbeitslosigkeit ist in der Krise deutlich gestiegen, es gibt strukturelle Anteile der Krise, die geändert werden müssen, auch deshalb, weil diese als Möglichkeit zur Kündigung jener Menschen, die weniger wettbewerbsfähig sind, gesehen wird.

Menschen mit Armutserfahrungen beobachten wie Firmen geschlossen werden, die Banken jedoch weiter machen, und sie fordern, dass Armut im Lichte von Reichtum und Vermögen betrachtet wird. Investitionen müssen an Dienstleistungen gebunden werden und Vermögen auf gerechtere Weise verteilt. Konkurrenz schadet vielen: viele Menschen werden am Rand zurückgelassen und kommen von dort nicht mehr weg. Von Angestellten wird immer mehr verlangt und Burnout ist zur Krankheit des 21. Jahrhunderts geworden.

*“Die Banken sind verantwortlich; trotzdem sind die Armen die Opfer.”*

*“Entscheidungsträger verfügen über die Mittel, die vernünftig verteilt und ausgegeben werden müssen. Es sind immer die Armen, die dabei verlieren. Wir brauchen nicht unbedingt mehr Jobs. Vielleicht gibt es sogar zu viel (bezahlte und unbezahlte) Arbeit, sie muss nur besser verteilt werden.”*

*“Was ein armutsbetroffener Mensch will, ist ein besseres Leben, und dafür brauchen wir Arbeit.”*

## Die Krise

### Vorschläge aus den Workshops

Der Umgang mit den sozialen Konsequenzen der Krise muss ganz oben auf der Agenda stehen.

Besseres Monitoring für Sozialreformen, den Umbau des Sozialsystems, die Verteilung von Vermögen, unterschiedliche Steuern für unterschiedliche Gruppen und den Unternehmenssektor.

Verschuldung muss als Ursache für versteckte Armut erkannt werden.

Menschen müssen im Zentrum des Aufschwungs stehen. Eine geeinte EU kann eine Veränderung hin zu einem sozialen Europa bewirken.

Finanztransaktionen müssen besteuert werden.

Die Gewinnen von Banken sollen im Sinne einer besseren Gesellschaft umverteilt werden.

Das Prinzip der Konkurrenz muss zu einem Ende kommen und Solidarität muss entdeckt werden.

Standortverlagerungen müssen gestoppt werden.

Auf dem globalen Arbeitsmarkt braucht es mehr Kooperation.

# Partizipation

Die TeilnehmerInnen des Treffens waren sich einig, dass die Stimmen von Menschen mit Armutserfahrungen gehört werden müssen und viele der beteiligten Betroffenen wiesen nachdrücklich drauf hin, dass die Schlußfolgerungen der Europäischen Treffen in die Arbeit der Plattform gegen Armut integriert werden und Menschen mit Armutserfahrungen an der Entwicklung politischer Maßnahmen beteiligt werden müssen: Dies wäre ein Akt der Ermächtigung und Stärkung.

Gleichzeitig wurde ausdrücklich betont, dass es *„nicht reicht, einmal im Jahr angehört zu werden. Gemeinsam mit den Partizipationsstrukturen müssen auch die Aktivitäten und Maßnahmen evaluiert werden“*. Zudem ist es wichtig, konkret Resultate als Folge der Treffen zu sehen. *„Wir hören viele schöne Versprechen, können in der Realität aber keinerlei Veränderung beobachten. Stillstand ist Teil unserer alltäglichen Realität. Es gibt keinen wirklichen Dialog.“* Die niederländischen Delegierten schlugen einen Weisenrat (*„Comité de Sages“*) vor, der Standards für die Partizipation auf allen Ebenen entwickelt, da derzeit *„viele Menschen an unserer Stelle Entscheidungen treffen.“*

## **Partizipation Vorschläge aus den Workshops**

Die jährlichen Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen müssen umfassend in die Plattform gegen Armut integriert werden.

Entwicklung von Richtlinien bzw. Regeln für Partizipation.

Partizipation ist mehr als Beteiligung, es geht um die Resultate.

Am heurigen Treffen nahmen nicht sehr viele Gäste teil, aber es waren wohl die bisher unterschiedlichsten Gäste: EuropaparlamentarierInnen, Mitglieder des Ausschusses für Sozialschutz (SPC) und des Beschäftigungsausschusses (EMCO), VertreterInnen der Kommission, Beamte ... und auch wenn das Treffen nicht strukturell verankert ist, so ist es doch von großer Bedeutung.

Julien Van Geertsom präsentierte einen Bericht der Kommentare und Vorschläge der Gäste im Bezug auf die zentralen Botschaften, Forderungen und Verpflichtungen

## Vorschläge der Gäste

Ganz allgemein wurde festgestellt, dass *“viele Delegierte all jene Punkte unterstützen, die von der EU bereits formal beschlossen wurden, zum Beispiel hinsichtlich der Empfehlung für aktive Eingliederung, bestehend aus den drei Säulen: angemessene Mindestsicherung (und Ressourcen), Zugang zum Arbeitsmarkt (Sozialwirtschaft und gesellschaftliche Teilhabe als aktive BürgerInnen) und Zugang zu sozialen Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Partizipation ...) ... Das Problem ist die Umsetzung: Wir müssen dafür sorgen, dass diese geschieht!”* Das erinnert an ein Statement zum 9. Runden Tisch zu Sozialer Inklusion, nämlich dass man *“Papier nicht essen kann”*.

Zweitens geht es um die Botschaft, dass Erwerbsarbeit das beste Mittel der Armutsbekämpfung ist. Das wurde von vielen Gästen bejaht, jedoch dabei hinzugefügt, dass die Qualität der Arbeitsplätze von großer Bedeutung ist: angemessene Entlohnung, stabile Arbeitsplätze und die Vereinbarkeit mit dem Familienleben. Es muss also auch die Unterstützung für Familien, zB die Zurverfügungstellung von Kindergärten mit in Betracht gezogen werden, und es braucht den Kampf gegen Kinderarmut unter Berücksichtigung von Kinderrechten.

Spezielle Aufmerksamkeit wurde dem Problem der Diskriminierung und Ausgrenzung von Personen mit Behinderungen, MigrantInnen und Roma geschenkt. Zentrale Botschaft war die Notwendigkeit von mehr Solidarität und einer gerechteren Verteilung von Vermögen und Einkommen in Europa. Nicht zuletzt ist es entscheidend, dass Menschen mit Armutserfahrungen ans Wort kommen, ihnen aufmerksam zugehört wird und ihre Meinungen in Betracht gezogen werden.

Erwartungsgemäß gab es hohe Zustimmung hinsichtlich der notwendigen Umsetzung der Empfehlungen für aktive Eingliederung. Mehrere Gäste sprachen sich für die Entwicklung einer Rahmenrichtlinie aus, die alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, angemessene Ressourcen (auf Basis von Referenzbudgets), Zugang zum Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen (u.a. einem Kindergartenplatz für jedes Kind) zu garantieren, sowie der kontinuierlichen Sorge für eine gute Work-Life-Balance nachzukommen und spezielle Aufmerksamkeit auf die in der Empfehlung genannten Zielgruppen (Menschen mit Behinderungen, Menschen mit niedrigem Einkommen, MigrantInnen), zum Beispiel durch die Schaffung geschützter Arbeitsplätze, Investitionen in die Sozialwirtschaft usw., zu richten.

Konkrete Vorschläge bezüglich der Umsetzung der Europa 2020 Ziele und insbesondere des Armutsreduzierungszieles bezogen sich auf genaue Evaluierung und Monitoring der in den Nationalen Reformprogrammen angeführten nationalen Ziele, der Implementierung des Artikel 9 des Lissabon Vertrags (Social Impact Assessment) sowie auf Forschungsarbeiten und die Verbreitung von Beispielen guter Praxis.

Die genannten Vorschläge richteten sich an das Europaparlament, die Kommission, den Ausschuss für Sozialschutz und den Beschäftigungsausschuss, den Europäischen Rat und die Sozialpartner. Jede dieser Institutionen muss hier ihren Verantwortlichkeiten nachkommen. Nicht zuletzt gab es breite Zustimmung, dass die Schlussfolgerungen dieses zehnten Europäischen Treffens in allen Europäischen Institutionen, beginnend mit der Kommission und dem Rat, starke Verbreitung finden müssen. *“Das Treffen muss strukturell in der Europäischen Plattform gegen Armut verankert werden.”*

## Selbstverpflichtung der Gäste

Jeder Gast verpflichtete sich, die Erfahrungen und Schlußfolgerungen dieses Treffens in die eigenen Arbeit einfließen zu lassen und damit die Umsetzung der Empfehlungen zu unterstützen. Die Sozialpartner verpflichteten sich dazu, ihre Mitglieder bei der Umsetzung der Rahmenvereinbarung der europäischen Sozialpartner über integrative Arbeitsmärkten zu begleiten und unterstützen. Insgesamt lässt sich die Stimmung der Gäste am besten mit dem folgenden Zitat zusammenfassen: *“Der Workshop hat jedenfalls das Gefühl verstärkt, dass ich verpflichtet bin, einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu leisten.”*

## Schlussfolgerungen der Gäste

Auch wenn die zu Beginn des Treffens präsentierte Studie aufzeigt, dass viele der TeilnehmerInnen der Meinung sind, dass die Europäischen Treffen wenig Einfluss auf politische Entwicklungen haben, unterstreichen die Rückmeldungen der Gäste, dass sie Menschen mit Armutserfahrungen als jene ExpertInnen wahrnehmen, die wissen, was Armut bedeutet. Der Kampf gegen Armut ist nicht möglich ohne die Einbeziehung von Menschen mit Armutserfahrungen, deren Partizipation muss zur Grundvoraussetzung in jedem Politikbereich werden.

# “Unsere Schreie werden lauter ... “

## Reaktionen der Delegierten

Eine Teilnehmerin aus Österreich las aus einem aktuellen Appell des österreichischen EAPN Vorstandsmitglieds Michaela Moser vor, in dem diese anständige Löhne und Arbeitsbedingungen, die auf Gesundheit und familiäres Leben Rücksicht nehmen, fordert. Eine norwegische Delegierte unterstrich die Notwendigkeit, über Armutsprävention für Kinder und Jugendliche zu sprechen.

Außerdem wurde angemerkt, dass Menschen mit Armutserfahrungen mittlerweile als wichtige Akteure im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung – auch in der Europa 2020 Strategie – gesehen werden. Die vor einigen Jahren verabschiedete Roma-Strategie der EU beispielsweise wurde jedoch nie umgesetzt. Es braucht ein ausgeklügeltes Monitoringsystem um Erfolge der Armutsbekämpfung zu messen und feststellen zu können, ob man am richtigen Weg sei. Es braucht messbare Indikatoren, um die entsprechenden Strategien zu evaluieren und nötigenfalls zu verändern, damit die gesetzte Ziele erreicht werden können. (Slowakei).

Eine Teilnehmerin aus UK wies darauf hin, dass “Armut eine Erfahrung und kein Zustand ist”. *“Wir sollten Menschen nicht ausschließen, nur weil sie reich sind, wir sollten mit allen im Kampf gegen Armut zusammenarbeiten, auch mit den Reichen.”* Angemerkt wurde auch, dass die Treffen zum Aufbau von mehr Solidarität untereinander beitragen sollten.

*“Armutsbetroffene sind nicht für die Krise verantwortlich, vermögende Menschen und Banken tragen Verantwortung.”*

*“Wir müssen an unserem Image arbeiten, das heißt wir müssen in Kommunikation investieren.”*

Die Zerstörung von Menschenleben ist ein zu hoher Preis für die Krise: *“Die Kürzungen für Sozialausgaben müssen gestoppt werden.”* *“Die Schmerzensschreie aus diesem Raum wird lauter, es sind jedoch nicht genug EntscheidungsträgerInnen hier ... “*

Die Delegierten erinnerten daran, dass bereits im letzten Jahr eine Begründung für die geringe Beteiligung von PolitikerInnen gefordert wurde. Deren Abwesenheit sei unverzeihlich, “wir möchten wissen, warum sie nicht teilnehmen... und warum Mitgliedsstaaten die Sozialsysteme, die die Grundlage der EU bilden, abbauen? (...) Liegt es daran, dass die Medien zu wenig über unser Treffen berichten?” (Italien)

*“NGOs, die Menschen mit Armutserfahrungen unterstützen, haben zu wenig Mittel. SozialarbeiterInnen sind mit sehr viel Papierkram beschäftigt, sie sollten Menschen konkret unterstützen anstatt Formulare auszufüllen.”*

# Der Einsatz von EU-Institutionen und Sozialpartner für anständige Arbeitsplätze

## Perspektiven der PodiumsteilnehmerInnen

JOBS HERE

EMPREGO AQUI

ICI EMPLOI

### **Antonia CARPARELLI, Amtsführende Direktorin der Abteilung EU 2020 und Sozialpolitik in der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration**

In ganz Europa gibt es den Ruf nach mehr Beschäftigung, weil Arbeitsplätze für alle Priorität haben und "anständige" Jobs im Zentrum der EU-Agenda stehen. Alle Interventionen weisen darauf hin, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen für alle Politikbereiche zentral ist. Es braucht auch Aufmerksamkeit für den Zugang zu Dienstleistungen wie etwa im Bereich Wohnen, und darüber hinaus zu den unverzichtbaren Ressourcen. "Verschiedene Güter werden für Armutsbetroffene immer teurer, zum Beispiel der Zugang zu Wasser - und für Vermögende immer billiger", hieß es dazu in einem der Workshops.

Von zentraler Bedeutung sind zudem Anti-Diskriminierungsmaßnahmen, die mit sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verknüpft werden müssen. Familienpolitische Maßnahmen hinken den Entwicklungen rund um Familienstrukturen nach, obwohl dies ein Priorität der Ungarischen Präsidentschaft ist. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Bildung und wir brauchen bessere Instrumente, um die vorhandenen Probleme anzugehen. Dabei geht es auch um Würde am Arbeitsplatz und um zunehmende **Qualität von Jobs**, auch im Zusammenhang mit den ökologischen Herausforderungen, die zu bewältigen ausschlagend für unsere Lebensqualität ist.

Die Kommission hat sich zu einem integrierten Zugang entschlossen: die Europa 2020 Strategie umfasst alle relevanten Politikbereiche, die an einem besseren Europa arbeiten. *"Ich teile einige ihrer Frustrationserfahrungen", so Carparelli in ihren Schlussfolgerungen wörtlich, "aber es gibt auch Hoffnungsschimmer und es ist wichtig, das Vertrauen in diese Treffen zu stärken."*

### **Mik WOOLLEY, Vorsitzender des Beschäftigungsausschusses (EMCO)**

Zu Beginn beschrieb Wolleey die Arbeit des Beschäftigungsausschusses und wies darauf hin, dass die auf dem Treffen debattierten Fragestellungen auch dort diskutiert werden, was bestätigt, dass es sich um die richtigen Fragen handelt. Er stimmte auch zu, dass das wahre Problem in der Umsetzung liege und Fragen der Umsetzung auch im Zentrum der Arbeit des EMCO stehen. Ein Performance-Monitoring-Bericht wird in Kürze den zuständigen MinisterInnen präsentiert, dabei geht es um eine Wirkungsanalyse (bzw. Analyse der Wirkungslosigkeit) von Arbeitsintegrationsmaßnahmen, sowie um eine Analyse von Löhnen, und insbesondere auch von Ergänzungsleistungen, die nach Aufnahme einer Arbeit noch notwendig sind. Dabei würden viele der auf dem Treffen diskutierten Fragen behandelt.

Der EU Beschäftigungsausschuss hat sich zwei Tage lang intensiv mit den Nationalen Reformprogrammen und den Armutsreduzierungszielen beschäftigt und dabei speziell auch Soziale Integrationsunternehmen in den Blick genommen, die in der Lage sind "bessere und mehr Jobs zu schaffen". In dem Zusammenhang habe er auch von den Beiträgen zu sozialen Unternehmen und Sozialwirtschaft während des Treffens Notiz genommen.

Wolley sprach dem EAPN seine Anerkennung aus, das Netzwerk sei ein guter Allinanzpartner in der Arbeit mit NGOs und insbesondere die Arbeit zu Partizipation sei sehr wichtig, da sie Engagement und Fähigkeiten von Menschen fördere.

Die Teilnahme am Treffen habe seine Entschluss, sich in diesem Bereich weiter zu engagieren gestärkt und er sei dankbar dafür.

### **Estelle CEULEMANS, Europäischer Gewerkschaftsbund**

Estelle Ceulemans bedankte sich zunächst bei den Delegierten für deren direkte und lebhaftige Beteiligung und informierte die Anwesenden, dass der EGB auf seiner nächsten Sitzung in der kommenden Woche die neuen Wirtschaftsregierungsvorschläge, zum Beispiel hinsichtlich finanzieller Transfers, diskutieren und Lohnerhöhungen vorschlagen werde. Löhne sollten nicht als "Feinde" sondern als Mittel zur Erhöhung von Lebensqualität gesehen werden. Darüberhinaus wächst der Druck für eine Rahmenvereinbarung zu Sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, wobei es um den Zugang zu qualitätvollen Dienstleistungen und um verbesserte Bildungssysteme gehe.

12,5 Millionen Arbeitsplätze sind geschaffen worden und diese Zahl liege deutlich unter den 16 Millionen in der Zeit vor der Krise. Viele der Arbeitsplätze sind prekär: es handelt sich um Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse oder Praktika. Auch wenn sich viele davon an junge Menschen, Frauen und MigrantInnen richten, dürfen deren niedere Qualität und Unsicherheit nicht ignoriert werden. Der Unterschied zwischen der reinen Zahl an vorhandenen Jobs und deren Qualität ist beträchtlich, insgesamt gibt es in der EU 19 Millionen Menschen, die trotz Erwerbsarmut leben. Lösungsansätze zur Bekämpfung von Erwerbsarmut umfassen qualitätvolle Beschäftigung, Löhne, Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Karrieremöglichkeiten.

Der EGB hat sich zur Bekämpfung von Armut verpflichtet. Sein "Athener Manifest", das in der kommenden Woche verabschiedet werden soll, enthält folgende Vorsätze:

- Eine Kampagne für ein Protokoll zum sozialen Fortschritt, das in die Europäischen Verträge integriert werden muss, um sicher zu stellen, dass Grundrechte über ökonomischen Freiheiten stehen.
- Die Umsetzung der horizontalen Sozialklausel (Art. 9 des Lissabonvertrags).
- Die Bekämpfung von Jugendarmut.
- Die Bekämpfung von Diskriminierung und Dumping-

- Verbesserung des Schutzes der ArbeitnehmerInnenrechte.
- Regulierung der Finanzmärkte und der Ratingagenturen.
- Harmonisierung von Unternehmenssteuern.
- Unterstützung für eine faire und nachhaltige Globalisierung.
- Schaffung eines Gleichgewichts von Öffentlichkeit und Privatleben.

Der Kampf des EGB gegen Armut und Ausgrenzung beinhaltet auch die Umsetzung der Empfehlung zur aktiven Eingliederung, eine klare Rahmenvereinbarung für Soziale Dienstleistungen im allgemeinen Interesse und die Umsetzung der Rahmenvereinbarung zu Ausbildung, speziell für junge und ältere Menschen und für Frauen. Zusätzliche kooperiert der EGB mit der Welthandelsorganisation WTO, die mehr fortschrittliche Papiere als die EU veröffentlicht hat, auch wenn viele davon sich auf ärmere Länder mit einem sehr geringen oder gar nicht vorhandenen Sicherheitsnetz beziehen.

## Rebekah SMITH, Business Europe

Zustimmung für die Ansicht, dass Arbeitsmarktintegration in der Bekämpfung von Armut eine große Rolle spiele, aber auch von gesellschaftlichem Nutzen sei, kam auch von Rebekah Smith. Eine gutes Wirtschaftssystem sei eine wichtige Unterstützung für ein gutes Sozialsystem, so die Vertreterin der Vereinigung der Arbeitgeberverbände Business Europe. Wirtschaftswachstum sei für die nachhaltige Gestaltung von Sozialsystemen notwendig. Viele Unternehmen seien durch die Krise in Schwierigkeiten geraten, würden sich jedoch bemühen, ihre MitarbeiterInnen zu halten, auch wenn dafür zuweilen eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei. Es brauche die richtigen Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt. Hinsichtlich der Qualität der angebotenen Arbeitsplätze, deren Gesundheits- und Sicherheitsregeln ist eine Umsetzung existierender Europäischer Richtlinien notwendig. Was die Frage der Work-Life-Balance betrifft, könne Teilzeitarbeit eine Lösung für den Wiedereinstieg sein. *„Ich widerspreche der Ansicht, dass Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsplätze notwendigerweise prekär sind, eine Teilzeitbeschäftigung bei einem gutem Arbeitgeber ist einem Vollzeitjob bei einem schlechten Arbeitgeber vorzuziehen.“*

Höhere Qualifizierung ist wichtig, gefordert sind jene Qualifikationen, die der Arbeitsmarkt braucht, nicht nur für private Unternehmen, auch im öffentlichen Dienst. Zusammenarbeit gab es hier vor allem im Zuge der Rahmenvereinbarung für einen *integrativen Arbeitsmarkt* zwischen EGB, Business Europe, der UEAPME (Europäische Interessensvertretung für kleine und mittlere Unternehmen) und dem CEEP (Europäischem Zentrum der Gemeinwirtschaft bzw. kommunaler Unternehmen und öffentlicher Dienstleistungsanbieter).

Wenn es um den Zugang und die Integration in den Arbeitsmarkt gehe, müssen, so Smith, Barrieren genauso in den Blick genommen werden wie Lösungen, zum Beispiel wenn mit Blick auf Imageänderungen für bestimmte Jobs oder die Förderung von Diversität und die Beachtung individueller Fähigkeiten

# “Wir sind die einzigen, die unsere eigene Situation beschreiben können”

## Rückmeldungen der Delegierten

JOBS HERE

EMPREGO AQUI

ICI EMPLOI

*“Teilzeitarbeit ist gut für die, die sie freiwillig wählen, aber nicht für jene, die sich gezwungen sehen, einen befristeten oder Teilzeitvertrag anzunehmen.” (Italien)*

*“Menschen mit Armutserfahrungen müssen vom EGB entsprechende Botschaften an die ArbeitnehmerInnen fordern, weil wir diese an unserer Seite brauchen.” (Deutschland)*

*“Ich möchte einen Wunsch äußern. Niemand von uns hat sich dafür entschieden, arm zu werden. Wir wollen, dass andere unsere Erfahrungen berücksichtigen. Wir sind die einzigen die unsere eigenen Situation beschreiben können.” (Frankreich)*

Eine slowenische Teilnehmerin forderte ein sozialeres Europa und erinnerte daran, dass Slowenien einmal ein sehr egalitäres Land war und die Menschen angesichts aktueller Probleme im EU Kapitalismus nostalgisch in die Vergangenheit blicken.

Es geht um eine nachhaltige Entwicklung, die Ökonomie, Soziales und Kultur umfasst.

Ein anderer Teilnehmer forderte die stärker Beteiligung von EuropaparlamentarierInnen. *“... wenn die Regierungen ihre Arbeit nicht tun wollen, wir hätten die Fähigkeiten.”*

An die Kommission richtete sich die Botschaft, dass *“das Geld verteilt werden muss!”*.

Welche Unterstützung es im Kampf gegen einen Arbeitgeber, der EU-Subventionen kassiere und keine Löhne ausbezahle, gebe, fragte ein weiterer Delegierter. *“Seit Dezember weigert sich das Arbeitsamt Arbeitslosengeld auszubezahlen, weil wir offiziell noch beschäftigt sind. Was können wir tun?”* *“Die Schreie der Armut werden lauter, nichtsdestotrotz werden auch bereits verabschiedete Gesetze nicht umgesetzt und es fragt sich, ob wir über die richtigen Strukturen verfügen?”*



# “Eure Stimmen sollen gehört werden”

## Abschlussworte

### Janusz GALEZIAK, Vertreter der zukünftigen polnischen EU-Präsidentschaft

Galeziak bedankte sich für “eines der wichtigsten Treffen auf der EU-Agenda. (...) Eure Stimmen sollen gehört werden.” Im April mussten die Mitgliedsländer Berichte zu den Nationalen Reformprogrammen abliefern, Mitte Juni wird der Europäische Rat für Soziales und Beschäftigung länderspezifische Empfehlungen verabschieden um die Umsetzung der Europa 2020 Strategie sicher zu stellen.

Die polnische Präsidentschaft wird ein Monitoring der Umsetzung der Nationalen Reformprogramme beinhalten, um aufzuzeigen, wie die Ziele verfolgt wurden und zum Jahresende hin entsprechende Schlussfolgerungen ziehen zu können. Auch anlässlich des “neuen” jährlichen Anti-Armut-Konvents, der die bisherigen Runden Tische gegen Armut ersetzen wird, ist auf Berichte bezüglich der Umsetzung der Reformprogramme zu hoffen.

Die Prioritäten der polnischen Präsidentschaft liegen erstens auf der Solidarität zwischen den Generationen, als Chance für neue Jobs, Dienstleistungen und Produkte, die die Risse in der Gesellschaft verhindern (z.B in Form von Soliarität zwischen jenen, die zahlen und jenen, die dies nicht können), zweitens auf einem aktiven Europa (also einem Europa, das arbeitet) und drittens auf die Partnerschaft mit den BürgerInnen, also auf eine Kooperation zwischen Administration und dem privaten Sektor. Wir glauben, dass die Unterstützung des öffentlichen Sektors Grundvoraussetzung für mehr Zusammenhalt in Europa ist. *Die Stimme, die Botschaft und die Empfehlungen von Menschen mit Armutserfahrungen sind von großer Bedeutung.*

### Izabella MARTON, Vizepräsidentin des EAPN

Es wurde bereits alles gesagt, ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass man *“Papiere nicht essen kann”*. Viele wichtige Entscheidungen sind noch stets nicht in die Praxis umgesetzt. Regierungen müssen die Kürzungen der Sozialausgaben stoppen: Menschen mit Armutserfahrungen dürfen nicht den Preis für die aktuelle Krise zahlen und die Sicherstellung von Dienstleistungen ist essentiell. Mehr und bessere Verteilung ist notwendig, um Armut zu beseitigen.

Auch wenn es frustrierend ist, dass die Ergebnisse dieser Treffen noch immer nicht umgesetzt sind, so sind diese nichtdestotrotz von großer Bedeutung für EntscheidungsträgerInnen.

Das EAPN dankt der Ungarischen Präsidentschaft für das diesjährige und Dänemark für die Ausrichtung des nächstjährigen Treffens.

Die Etablierung nationaler und lokaler Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen wird gerne unterstützt und diese wären ein wichtiges Signal für mehr Verbindlichkeit.

*“Ihr seid die ExpertInnen für Armut. Armut kann ohne Eure Stimmen nicht beseitigt werden.”*

<b>1. Bereich: Übergeordnete Ziele</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Reduzierung der Kluft zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik; Stärkung des sozialen Zusammenhalts; Messung der Wirkung aller politischer Maßnahmen auf den Zugang zu sozialen Rechten	Die Europa 2020 Strategie fördert Maßnahmen zur Erreichung dreier zentraler Ziele bis 2020: 75% Arbeitsmarktbeteiligung von Menschen im Alter von 20-64; Schul-Drop-Out-Rate unter 10%, mindestens 20 Millionen weniger armutsbetroffene Menschen.  Nationale Armutsziele wurden von allen Mitgliedsländern ausser Schweden, den Niederlanden und Estland gesetzt.  Monitoring über die Nationalen Reformprogramme (Sozialrichtlinie 10)  EU Plattform gegen Armut als Unterstützung zur Erreichung der Armutsreduzierungsziele  Die Kommission forciert Wirkungsanalysen, lädt andere EU-Institutionen ein, die Wirkung ihrer Veränderungsvorschläge für Kommissionsempfehlungen zu bewerten und EU Mitgliedsländer soziale Wirkungen auf nationale Politiken zu beachten.
Entschiedenes Engagement zur Reduzierung von Kinderarmut	Schlussfolgerungen des Rats vom 31.3.2011; EU Plattform sieht vor, dass die Kommission 2012 eine Empfehlung zur Bewältigung der multidimensionalen Natur von Kinderarmut und der Förderung von Kindeswohl vorlegt.
<b>2. Bereich: Finanzielle Inklusion</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Mindestsicherungssysteme als dynamisches Instrument und Investition zur Förderung sozialer Inklusion und als wesentlicher Bestandteil eines Sozialleistungssystems das sich auf reale Kosten bezieht.	Das Monitoring der Krise hat gezeigt, dass Mindestsicherungssysteme ein äußerst wertvolles Sicherheitsnetz schaffen, das jetzt als Trampolin für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt dienen soll. Es ist jedoch noch stets nötig, die Reformen aktiver Eingliederung vollständig umzusetzen, speziell hinsichtlich der Reorganisation der Dienstleistung im Sinne von One-Stop-Shops für verwundbare Gruppen und mit Blick auf die Verknüpfung von Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik.  Die EU-Plattform sieht für 2012 eine Kommunikation der Kommission zur gründlichen Prüfung der Umsetzung der Strategie der Aktiven Eingliederung auf nationaler Ebene.
Mikrokredit Angebote sollten gefördert werden.	Seit Beginn 2011 sorgt das PROGRESS Mikrofinanzierungs-Programm für Unterstützung für Frauen, junge Menschen und Langzeitarbeitslose.
Bankkonten für alle	Die Kommission hat auf Basis einer umfassenden Konsultation große Zustimmung für EU-Aktivitäten zur Förderung des Zugangs zu Basis-Bankkonten erhoben; noch für 2011 ist eine legislative Initiative geplant.
<b>3. Bereich: Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung beim Zugang zu Wohnraum</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Wohnen ist ein Europäisches Grundrecht; Strukturfondsmittel müssen genutzt werden um Zugang zu leistbarem und nachhaltigem Wohnraum zu unterstützen, wirksame Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen müssen für wohnungslose Menschen und für BewohnerInnen sozialen Wohnbau zur Verfügung stehen.	2010 gelang ein Durchbruch hin zu wirksameren politischen Maßnahmen.  Der Gemeinsame Bericht zu Sozialschutz und soziale Eingliederung fordert die Mitgliedsstaaten auf politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit zu setzen und präsentiert Leitlinien für deren Umsetzung (hinsichtlich Steuerung, Monitoring, Evaluierung, spezifischer Zielsetzungen).  Die Mittel des Europäischen Regionalentwicklungsfonds wurden angepasst um Wohnprogramme für marginalisierte Gruppen zu ermöglichen.  Eine "Konsenskonferenz" (die erste im Bereich Sozialpolitik) wurde abgehalten: Empfehlungen politischer Maßnahmen wurde von einer hochrangigen Jury nach einer öffentlichen Anhörung von ExpertInnen und transnationaler Konsultationen von wohnungslosen Menschen in acht Mitgliedsstaaten im Rahmen einer zweitägigen Konferenz am 9./10. Dezember verabschiedet. Highlights: Die Förderung von Wohnraumschaffung anstatt Heimen und Übergangswohnungen; ein integrierter Ansatz hinsichtlich der Situation von MigrantInnen und EU-BürgerInnen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind.  Die Bewältigung von Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung vom Zugang zu Wohnraum wird zu einer der zentralen Prioritäten in der EU-Plattform.

<b>4. Bereich: Soziale Dienstleistungen</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Etablierung von Qualitätsstandards	2010 hat die Kommission eine Freiwillige Rahmenvereinbarung zur Qualität sozialer Dienstleistungen, zur Entwicklung einer gemeinsamen Sprache hinsichtlich der Qualität von Dienstleistungen in ganz Europa verabschiedet, die im Zuge des Austausches von guter Praxis und durch die Finanzierung transnationaler Projekt zur Umsetzung kommen soll.  Die Kommission wird auch eine Rahmenvereinbarung auf Ebene unterschiedlicher Sektoren entwickeln, einschließlich von Langzeitpflege und Wohnungslosigkeit
Jede und jeder das Recht auf Zugang zu sozialen Dienstleistungen	Der Zugang zu qualitativollen sozialen Dienstleistungen zur Unterstützung aktiver sozialer Teilhabe zählt zu den drei Säulen der Strategie der Aktiven Eingliederung.  Die EU-Plattform sieht für 2012 eine Kommissions-Kommunikation zur Umsetzung der Strategie der Aktvein Eingliederung auf nationaler Ebene vor.
Förderung sozialer Innovation	Die EU-Plattform legt einen starken Fokus auf soziale Innovation zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts.  Finanzierung von "Social Experimentation" –Projekten durch das PROGRESS Programm (2009 und 2010)  Die EU-Plattform fördert sozialunternehmersiche Initiativen als innovative Reaktion auf entstehende soziale Bedürfnisse.
<b>5. Bereich: Ausbildung und Beschäftigung</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Zugang aller zu Bildung und Ausbildung als Teil arbeitsmarktpolitischer Aktivierung	Abgedeckt durch eine der drei Säulen der Strategie der Aktiven Eingliederung  Die EU-Plattform sieht für 2012 eine Kommissions-Kommunikation zu einer gründlichen Analyse der Umsetzung der Strategie der Aktiven Eingliederung auf nationaler Ebene vor.
Befähigung benachteiligter Jugendlicher zur Bewältigung von Herausforderungen	Reduzierung der Drop-Out-Rate auf weniger als 10% und 40% der 30-34jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung als Europa 2020 Ziel.
<b>6. Bereich: Partizipation</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Partizipation muss regelmäßig ermöglicht werden und es muss dafür formale Rollen und eine Struktur geben.	Die Kommission fördert den strukturellen Dialog mit EU-Stakeholdern.  Möglichkeit einer ähnlichen Struktur auf nationaler Ebene.
Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen	Zentraler Bestandteil der EU-Plattform.
Ausweitung des Dialogs auf allen Ebenen.	Partizipation als wesentlicher Bestandteil sozialer Innovation, wie sie von der EU gefördert wird.

# Anhang 2 Reaktionen des EAPN auf die Forderungen und Botschaften der Europäischen Treffen von Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen.



<b>1. Bereich: Übergeordnete Ziele</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Reduzierung der Kluft zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik;	<p>Diese Forderung ist zentraler Bestandteil aller EAPN-Dokumente und speziell der Berichte zu den Auswirkungen der Krise. EAPN hat eine Lobbying-Kampagne auf EU und auf nationaler Ebene unter Einbeziehung anderer Akteure (Sozialplattform, Umwelt-NGOs, Gewerkschaften und entwicklungspolitische NGOs) durchgeführt, um eine hinsichtlich Wirtschafts- und Sozialanliegen ausgewogenere neue EU-Strategie (die sogenannten Europa 2020 Strategie) zu erreichen.</p> <p>Die NGO-Koalition zum EU-Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 hat sich in ihrer Arbeit auch diesem Ziel verschrieben.</p> <p>Resultat dieses – von anderen unterstütztem – Lobbyings war ein erstmaliges EU-weites Armutsreduzierungsziel, eine neue Sozialrichtlinie als Teil der Strategie und der Vorschlag einer "Plattform gegen Armut". Derzeit versuchen wir sicherzustellen, dass diesen Vorschläge konkrete Maßnahmen und Aktivitäten folgen.</p>
Unterstützung für eine wirksamere Offene Methode der Koordinierung (OMK) und wirksamere Nationale Aktionspläne; ein integrierter politischer Ansatz der Zugang zu Rechten, Ressourcen und Dienstleistungen sicherstellt.	<p>EAPN hat die Notwendigkeit der Fortsetzung der Sozialen OMK in der neuen Europa 2020 Strategie verteidigt und dabei besonders die Notwendigkeit integrativer nationaler Strategien zu Sozialschutz und Sozialer Inklusion, die auf sozialen Rechten basieren, betont.</p> <p>EAPN fordert auch nationale Plattformen gegen Armut und die Beteiligung an deren Entwicklung, Umsetzung und Folgeaktivitäten von Menschen mit Armutserfahrungen und anderen Akteuren. Das ist eine laufende Kampagne..</p>
Förderung des Zugang zu Menschenrechten und von multidimensionalen politischen Maßnahmen die den sozialen Zusammenhalt, Anti-Diskriminierung und Gleichberechtigung unterstützen.	<p>Unsere Kampagne zu Europa 2020 basiert auf der Überzeugung, dass Armut ein Verweigerung von Grundrechten ist. Wir fordern also einen menschenrechtlichen Zugang zur Armutsbekämpfung und mehr Aufmerksamkeit für die Reduzierung von Ungleichheit und den Kampf gegen Diskriminierung. Die Menschenkette, die 2010 von der NGO-Koalition organisiert wurde, hat 3000 Menschen rund um das EU-Parlament versammelt und wollte darauf aufmerksam machen, dass ein auf Rechten basierender Zugang in der Armutsbekämpfung auch mit Blick auf den Schutz menschlicher Würde von großer Bedeutung ist. Wir wollten die Botschaft vermitteln, dass es genug für alle gibt. Wenn das Vorhandene gleichberechtigt und nachhaltig geteilt wird.</p>
Aktive Eingliederung	<p>Das EAPN hat für die Empfehlung zur Aktiven Eingliederung lobbyiert (2008) und einen integrierten Zugang zu Sozialleistungen, angemessenem Einkommen und einen Platz am Arbeitsmarkt gefordert. Wir setzen uns weiterhin für die Umsetzung dieser Empfehlung ein und haben gerade eine Broschüre zu Aktiver Eingliederung veröffentlicht, in der Beispiele guter Praxis und zentrale Forderungen zusammengefasst sind.</p>
<b>2. Bereich: Finanzielle Inklusion</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Angemessene Mindestsicherungssysteme, die ein Leben in Würde ermöglichen und deren Angemessenheit von der EU vorangetrieben wird. .	<p>Die Europäischen Treffen waren für die Identifizierung dieser zentralen Forderung des EAPNs wichtig. Das EAPN führt seit 2008 eine Kampagne zur Mindestsicherung und damit für ein angemessenes Einkommen, das ein Leben in Würde ermöglicht. In diesem Zusammenhang wurde eine Website und einige Positionspapiere, sowie eine Broschüre zur Angemessenheit von Mindestsicherungsleistungen veröffentlicht.</p>
Finanzielle Inklusion: Zugang zu einem Bankkonto für alle, inclusive Schuldenberatung und Kreditmöglichkeiten	<p>Diese Forderung wurde in das EAPN Manifest zur Europa 2020 Strategie und in die Arbeit der Spring Alliance aufgenommen. Zusätzlich hat sich das EAPN an einer Konsultation zu finanzieller Inklusion beteiligt und wird in dieser Angelegenheit weiter aktiv bleiben</p>

<b>3. Bereich: Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung beim Zugang zu Wohnraum</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Leistbares Wohnen als Grundrecht und Aktivitäten gegen Wohnungslosigkeit als Piorität auf EU-Ebene.	Auch diese Forderung wurde in das EAPN-Manifest zur Europa 2020 Strategie und von der Spring Alliance übernommen. EAPN unterstützte die Forderung nach einem Themenjahr zu Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung beim Zugang zu Wohnraum, sowie die Lobbying-Aktivitäten von FEANTSA hinsichtlich einer Erklärung des Europäischen Parlaments zu Wohnungslosigkeit (2010).
Nationale Strategien gegen Wohnungslosigkeit	EAPN fordert integrierte nationale Strategien zu Sozialschutz und sozialer Inklusion, welche vordringliche Maßnahmen im Bereich Wohnen und Wohnungslosigkeit enthalten sollen. Wir haben auch die Forderung unterstützt, dass Wohnen und Wohnungslosigkeit zentrales Thema in der Europäischen Plattform gegen Armut werden.
Wohnen als zentraler Bereich des Strukturfonds	Erfolgreich waren wir im Einsatz für die Nutzung von Strukturfondsmittel zur Finanzierung des Zugangs zu leistbarem Wohnraum. Diese Forderung wurde im Zuge eines EAPN-Positionspapiers zu den Strukturfonds und der Zukunft der EU-Kohäsionspolitik weiter entwickelt.
<b>4. Bereich: Soziale Dienstleistungen</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Universales Recht auf Zugang zu qualitativollen sozialen Dienstleistungen	Die Forderung ist im EAPN Manifest zur Europa 2020 Strategie enthalten. EAPN hat sich dafür eingesetzt, dass soziale Dienstleistungen aus der Dienstleistungsrichtlinie ausgeschlossen werden.
Qualitätsstandards und die Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrungen	Gemeinsam mit der Sozialplattform hat das EAPN an Qualitätskriterien gearbeitet, die auch die Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen beinhalten. Derzeit gibt es einen Austausch zu Qualitätsstandards und es wurde ein Tool-Kit entwickelt.
Nutzung von Strukturfondsmitteln zur Finanzierung eines besseren Zugangs zu qualitativollen Dienstleistungen	Demand in EAPN position and lobbying work with the Commission/Council and European Parliament on the future of cohesion policy and structural funds/ highlighting good practice examples.
Zugang zu Gesundheits-Dienstleistungen und eine Charter der Gesundheitsrechte	Auch diese Forderung findet sich im EAPN-Manifest und in der Arbeit der Spring Alliance. EAPN unterstützt darüber hinaus die Charter der EPHA (European Public Health Alliance). In Zusammenarbeit mit PICUM und der Women's Lobby, sowie der König-Bedouin-Stiftung setzen wir uns speziell für den Zugang zu Gesundheitsversorgung für undokumentierte MigrantInnen ein (dazu gab es eine gemeinsame Konferenz und es wird Folgetreffen geben)..
Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen	Ständige Forderung in EAPN Positionspapieren zu den Nationalen Aktionsplänen und zur OMK, die speziell im "light year"-Bericht zu Kinderarmut hervorgehoben wird und auch im EAPN Manifest zur 2020 Strategie und zur Armut-Plattform vorkommt. Unterstützung der Arbeit von Eurochild.
Beseitigung von Energiearmut	Gemeinsame Kampagnen mit anderen NGOs und Gewerkschaften um ein Ende von Energiearmut und entsprechende nationale Aktionspläne im Energiepakt zu fordern. Derzeit wird gemeinsam mit Ecodhas, der Belgischen Präsidentschaft, dem EGB und der Konsumentenschutzorganisation BEUC für die Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut lobbyiert.
<b>5. Bereich: Ausbildung und Beschäftigung</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Zugang zu qualitativoller und gesundheitsfördernder Arbeit und entsprechend Unterstützung durch Bildung und Ausbildungsprogramme.	Teil der EAPN-Forderungen zur Aktiven Eingliederung im Bereich der inklusiven Arbeitsmarktpolitik. In seinen Reaktionen auf die Europäischen Beschäftigungsberichte hat das EAPN immer wieder die Notwendigkeit der Schaffung qualitativoller Arbeitsplätze und besseren Zugangsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose unterstrichen. EAPN hat sich auch darum bemüht, dass der Zugang und die Qualität von Arbeit in den Beschäftigungsleitlinien der Europa 2020 Strategie berücksichtigt werden. Außerdem werden wir ein Video zu positiver Aktivierung produzieren und arbeiten gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Akteuren daran, dass diese Forderungen auch umgesetzt werden (zB in Form einer gemeinsamen Konferenz im März 2010).
Einwände gegen Gesetze und Maßnahmen die für Strafen bzw. Sanktionen eintreten	EAPN hat die negativen Auswirkungen von Strafen bzw. Sanktionen immer wieder unterstrichen, zuletzt in den Berichten zu den Nationalen Reformprogrammen und in den EAPN-Berichten zur Krise. (2009 und 2010)

Erneuerbare Energien als Möglichkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze	Zentrale Forderung im EAPN-Manifest und der Spring Alliance. Entsprechende Lobbyingbrief zur Schaffung von "grünen" und "weißen" (Pflegebereich) Jobs wurden an die zuständigen MinisterInnen geschickt.
<b>6. Bereich: Partizipation</b>	
<b>Forderungen der Treffen</b>	<b>Reaktionen</b>
Förderung der Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen im Kampf gegen Armut	<p>Zentrale Priorität der Arbeit des EAPN.</p> <p>Koordinierung der jährlichen Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen und Aktivitäten, damit diese auch auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Nationale Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen wurden 2010 von fast allen nationalen Netzwerken durchgeführt.</p> <p>Verstärkung der Verbindung zwischen den Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen und anderen politischen EU-Treffen zu Armutsfragen, z.B. in dem die Botschaft des 9. Treffens beim Runden Tisch zu Sozialer Inklusion 2010 präsentiert wurde.</p> <p>EAPN wird weiterhin fordern dass Menschen mit Armutserfahrungen und Organisationen, die ihre Anliegen vertreten auf EU und auf nationaler Ebenen in die Entwicklung politischer Maßnahmen einbezogen werden.</p> <p>Durch Seminare und andere Aktivitäten werden die Mitglieder des Netzwerks dabei unterstützt die Partizipation in ihren Netzwerken zu verstärken. Dabei werden – wie bei der Mindestsicherungskonferenz 2010 – auch neue Methoden, zB. Flüsterübersetzung, eingesetzt.</p> <p>Veröffentlichung des Buchs "Small step, big changes" (2009), eine weiteres Buch ist für 2011 geplant, um weitere Beispiele guter Praxis partizipativer Politikentwicklung öffentlich zu machen.</p> <p>Eine Strategie zur Stärkung der Partizipation im EAPN wurde gemeinsam mit Menschen mit Armutserfahrungen, nationalen KoordinatorInnen der Europäischen Treffen und den Vorstandsmitgliedern des EAPN entwickelt. Dabei wurden wichtige Ziele für nationale Netzwerke und für die europäische Zusammenarbeit des EAPN festgelegt. Die Strategie wird in den nächsten strategischen Plan (2012-2015) des EAPN integriert.</p> <p>2011 wird ein Seminar für Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen, die in nationalen Netzwerk aktiv sind und sich stärker in die europäische Arbeit des EAPN einbringen wollen, organisiert</p>
Partizipation von Menschen mit Armutserfahrungen muss regelmässig erfolgen und einen formalen Status und Struktur bekommen.	Zentrale Forderung, die sich im EAPN-Manifestos, den Papieren der 2020 NGO-Koalition und allen EAPN-Dokumenten, zuletzt in den Reaktionen zur Armutsplattform, findet. Die Erfüllung der Forderung ist auch ein zentrales Ziel der sozialen OMK und wird in der Erklärung des EU-Rats zum EU-Jahr genauso erwähnt wie in der Kommissions-Kommunikation zur Armutsplattform. EAPN hat die jährliche Organisation eines Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen im Zusammenhang mit der EU-Plattform gegen Armut ebenso mit Nachdruck verteidigt, wie es auf die Wichtigkeit ähnlicher nationaler Treffen hingewiesen hat. Wir weisen außerdem ständig drauf hin, dass es sich dabei nicht um einzelne Events, sondern um einen laufenden Prozess handeln muss und es den regelmässigen und strukturellen Dialog zu politischen Lösungen im Rahmen der OMK und der Armutsplattform braucht. Und wir fordern die Vereinbarung von Richtlinien zur Partizipation und deren Umsetzung auf EU und auf nationaler Ebene.
Indikatoren für ein Monitoring von Partizipation.	EAPN hat bereits Vorschläge für Indikatoren gemacht und auch zu einer Studie der Kommission zu dieser Frage beigetragen. Wir hoffen im Anschluss an das Jahr 2010 hier Resultate zu sehen.

# Anhang 3 Delegierte und Gäste des 10. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen

## Österreich

SCHUTTE Michael	MindestVerUnischerung
SCHMIDT Wolfgang	AMSEL
MAIR Martin	Aktive Arbeitlose
GURTHNER Christine	Verin Pe-Le
BRANDEL Doris	SHG "Gutes Leben für alle"

## Belgien

BACKES Stephan	EAPN Belgium
BAERT Geneviève	Réseau wallon de lutte contre la pauvreté
DELESCAILLE Alain	Réseau wallon de lutte contre la pauvreté
STEPMAN Patricia	Vierdewereldgroep Aalst
MEULEMAN Daniël	t'Hope Roeselaere

## Bulgarien

PEKANOV Angel	Mecembria
HRISTOVA Ekaterina	Nevo Drom
PAVLOVA Adriana	EAPN Bulgaria
IVANCHEV Petar	EAPN Bulgaria
HRISTOV Aleksandar	EAPN Bulgaria

## Kroatien

SVAGUSA Vesna	Drop of Kindness
---------------	------------------

## Tschechische Republik

MALIKOVA Barbara	BLISS without RISK
HORVATH Jan	BLISS without RISK
BLAHA Petr	BLISS without RISK
PIJALEK Jiri	BLISS without RISK
JASKOVA Radka	BLISS without RISK
KANOCHOVA Katka	BLISS without RISK

## Zypern

entschuldigt	
--------------	--

## Dänemark

BAY PETERSON Sofie	Sand
HOLCK Ivan	Sand
HOLMGREN René	Sand
ERNSTSEN Per	Sand
JENSEN Leif	Sand

## Estland

MERE Maur	EAPN Estonia
TOPAASIA Ervin	Nömme Child Welfare
TRAMBERG Irma	Nömme Child Welfare
KAHJU Laura	Eapn Estonia

## Finnland

VAISANANEN Veikko	EAPN Finland
HAKANIEMI Matti	
KYTOMAKI Tim	

HASANEN Liisa	
TYYNELA Arja	

## Frankreich

COLINET Geneviève	EAPN France
PY Sofian	Fondation Armée du Salut
VARET Sylvie	EAPN France
KUCHARSKI Sonia	EAPN France
PION Dominique	Hospitalité des Femmes
GHARBI Arnaud	Espaces

## Deutschland

BIHN Erika	Verbanc alleinerziehender Mütter & Väter
FRANKE Werner	Strassenfeger
HUGET Brigitte	Frauenladen Beesko
SCHMIEDL Robert	Verdi Erwerbslosenausschuss
SCHROTER Jens	Institute für angewandte Armut
WEBER Jürgen	hartzIV Betroffene

## Griechenland

KALDANI Maria	EAPN Greece
DINOPOULOU-TZATZIMAKI Fani	Ass.for the Social support of Youth
SANKOH Hawanatu	
VANGELA Maria	Social Work Foundation
VAGGA Giannoula	

## Ungarn

MESTER Attila	Hungarian Anti Poverty Network
BARANYECZ Janos	Hungarian Anti Poverty Network
HENN Brigitta	Hungarian Anti Poverty Network
KISS Csabane	Hungarian Anti Poverty Network
SZEKELYHIDINE B. Maria	Hungarian Anti Poverty Network

## Island

GUDNASON Gudni Heidar	EAPN Iceland
-----------------------	--------------

## Irland

LYNCH Kay	
MACKAY Michael	Simon Galway
CONNORS Annie Mary	Irish Traveller Movement
PIERCE Laura	Irish Nat.Org. of the Unemployed -INOÜ
FITZPATRICK Karen	One Family

## Italien

ALILOVIC Vesna	
BYBLIV Oksana	
FIORETTI Francesco	
BATTAGLIA Beppe	
EMILIO Sabrina	
RUFINO Francesca	

<b>Litauen</b>			
BARANAUSKAITE Vaida	HPI Baltic Foundation		
NORMANTIENE Natalija	Zlibinai Community		
GRISKEVICIENE Lolita	Gelvonai Community		
LAUKEVICIENE Gema	Lithuanian Red Cross		
<b>Luxemburg</b>			
LUDWIG Caroline	EAPN Luxembourg		
FANNAN Zarah	EAPN Luxembourg		
<b>Mazedonien</b>			
CAROVSKA Mila	Macedonian Platform against Poverty		
<b>Malta</b>			
VELLA HABER Paul	EAPN Malta		
CAMILLERI Helen	EAPN Malta		
DIALLI Christopher	EAPN Malta		
GOITOM Yosief	EAPN Malta		
<b>Niederlande</b>			
SMEEKES Alida	EAPN NL		
AIBICH Abdel	EAPN NL		
VAN LINSCHOTEN Marianna	EAPN NL		
PAVLASCHRILI Inga	EAPN NL		
LEEMKUIL Sonia	EAPN NL		
<b>Norwegen</b>			
GENFELDT Anna	House of Poverty		
HASSAN Jamila	Bibi Amka		
MATHISEN Kim	Total Rehab		
LEGPOLD PETERSEN Merethe	Single Parents Ass.		
FORSBERG Tore	AKTBO Selfindependent		
<b>Polen</b>			
OSINSKA Anna	ATD QUART MONDE		
SLEDZ maria	ATD QUART MONDE		
DARKOWSKA Elzbieta	ATD QUART MONDE		
CEDRO Alina	ATD QUART MONDE		
WIERA Mirosław	ATD QUART MONDE		
FREY Włodzimierz	ARIADNA Warsaw		
<b>Portugal</b>			
LOPES Rui	EAPN Portugal		
COSTA Higinio	EAPN Portugal Lisboa		
CARRASQUEL Iris	EAPN Portugal Braga		
ALMEIDA Paula	EAPN Portugal Guarda		
CANHOTO Prudencio	EAPN Portugal Beja		
<b>Serbien</b>			
KRUNIC Jasmina	SeConS Development Initiative group		
<b>Slowakei</b>			
			Slovak Anti Poverty Network - Large families Club
TRNOVEC Stanislav			
FEJKOVA Petra			Slovak Anti Poverty Network
			Slovak Anti Poverty Network - Roma Gymnasium Kremnica
HERO Jan			
SPIRKOVA Miriam			Slovak Anti Poverty Networks
<b>Slovenien</b>			
NOUHOUM Ibrahim			Zavod Risi - EAPN Slovenia
NOVAK Miroslava			Zavod Risi - EAPN Slovenia
KNIFIC Vida			Zavod Risi - EAPN Slovenia
SVETANIC Llonka			Zavod Risi - EAPN Slovenia
<b>Spanien</b>			
ALLENDE Isabel			EAPN Spain
AKRIKEZ Layachi			
CERQUEIRAS Ana			
VILLAFRANCA d.I.T Martin			
DE DIEGO Marta			
DIAZ-PLAZA Maria S.			
BAIXAUILI M. Luisa			
<b>Schweden</b>			
ANDREASSON Rasken			EAPN Sweden
ANDREASSON Ann Kristine			EAPN Sweden
CARLSSON Bengt			EAPN Sweden
ANDREASSON Theres			EAPN Sweden
NORDSTROM Mari			EAPN Sweden
<b>Vereinigtes Königreich</b>			
RAMADAN Nazek			Migrant voice EAPN England
MUHIADDIN Maysoun			Migrant voice
TARUVINGA Yeukai			Migrant voice
HESLOP June			ATD Fourth World
McMURCHIE Mary			ATD Fourth World
NEVILLE Anne-Marie			ATD Fourth World
<b>Vorsitzender</b>			
ÖRY Csaba			Member of the European Parliament
<b>RednerInnen</b>			
			Minister of State for Social Inclusion, Hungary
BALOG Zoltán			
			EU Commissioner Employment, Social Affairs and social inclusion
ANDOR László			
			Director ff.Europe 2020, Social Policy, EU Commission
CARPARELLI Antonia			
BEETS Lauris			Chair of the Social Protection Committee
Poul Skytte CHRISTOFFERSEN			Ambassador of Denmark
WOOLEY Mick			Chair of the Employment Committee

DIERCKX Danielle	Oases - Antwerp University
COURARD Philippe	State Secretary for Social integration & Combating Poverty, Belgium
CEULEMANS Estelle	ETUC - CSE
SMITH Rebekah	Business Europe
HOREMANS Ludo	EAPN President
LAMBERT Jean	MEP - Greens
GALEZIAK Janusz	Polish Permanent representation
FARRELL Fintan	EAPN Director
<b>Ministerium Ungarn</b>	
LAKNER Zoltàn	Ministry of Public Administration and Justice, Secretariat for Social Inclusion
NAGY Katalin	Hungarian Permanent Rep
VAJDA Gyorgyi	Hungarian Permanent Rep
JUTKUSZ Lilla	Ministry of Public Administration and Justice, Secretariat for Social Inclusion
<b>Ministerium Dänemark</b>	
EJDRUP WINTHER Eva	Ministry of Social Affairs
BOJE NIELSEN Mikkel	Ministry of Social Affairs
NIELSEN Peter Truels	Danish Perm. Rep
<b>Ministerium Belgien</b>	
VAN GEERTSOM Julien	SPP Intégration Sociale
RABAU Muriel	FPS Social Security, Belgium
VANDEBUSSCHE Johan	Cabinet of the State Secretary for Social Integration & Combating Poverty, Belgium
DE KERF Nele	Cabinet of the State Secretary for Social Integration & Combating Poverty, Belgium
<b>EU Kommission</b>	
PARASKEVAS Marie- Anne	EMPL/D2
SAINT DENIS Antoine	EMPL/D4
DENCH Kevin	EMPL/D2
VANYOLOS Istvan	EMPL/D2
OPLAND Oyvind	EMPL/D1
DEGRAND-GUILLAU Anne	
HOLTHUIS Egbert	
<b>SPC/EMCO/EU Institutionen</b>	
ANDERSON Robert	EuroFound
BEVERS Tom	Employment Committee EMCO
KVEDARAITE Daiva	EESC
MATO Juan Carlos	Ministry of Health, Social Policy & Equality, Spain
GODINA Janja	Ministry of Labour, Family & Social Affairs, Slovenia
CIERNA Maria	Permanent Representation. Slovakia
KEIRLE Marie	Ministère des Solidarités, France

SULTANA George	Ministry of Education, Employment & Family, Malta
SVOJSE Jiri	Ministry of labour & social Affairs, Czech Republic
CULIK Stefan	Ministry of labour & social Affairs, Czech Republic
ELLISAARI Jaakko	Ministry of Social Affairs, Finland
PORKKA Pauliina	Permanent Representation of Finland
KELLY Paul	Department of Social Protection, Ireland
RUIZ BAUTISTA M. Dolores	Ministry of Health, Social Policy and Equality, Spain
<b>EU Parlament</b>	
JANQUIN Denis	Replacing Frédéric DAERDEN, MEP
Karima DELLI	Greens
ANTAL Dora	Parlementary Assistant, Mr. ORY.
<b>WissenschaftlerInnen</b>	
Eric MARLIER	Instead
Hugh FRAZER	University, Ireland
<b>Gewerkschaften</b>	
MAUCHER Mathias	European Public Service Union - EPSU
<b>NGOs</b>	
CARACCILO Barbara	Solidar
JONES Sian	EAPN Policy Coordinator
FERRO Amana	EAPN Policy Officer
CARON Vincent	EAPN Policy Officer
VILKAMAA Susanna	EAPN stagiaire
BASARAB Tanya	EAPN
RENOUX Marie-Cécile	ATD Quart Monde
VERZAT Elisabeth	ATD Quart Monde
DROZD Anna	Eurocities
GREEN Caroline	Eurocities
GANZERLA Sylvia	Eurocities
BAUSSAND Pierre	Social Platform
NANKIEWICZ Agata	ATD Fourth World Poland
<b>Europarat</b>	
AUXEMERY Coleen	Social cohesion Research & Development division
<b>WorkshopleiterInnen</b>	
CALVANELLI Laura	Caritas - Italia
CESARINI SFORZA Letizia	CILAP - Italia
GINNELL Paul	EAPN - Ireland
GORIS Josée	SPP Social integration- Belgium
GUIDICELLI Marie	Fondation Armée du Salut - France
HERMANS Marja	T'huizorg - Belgium
MARGUERY Olivier	Fondation Armée du Salut - France

---

MARTON Izabella	EAPN - Hungary
-----------------	----------------

---

ROY Heather	Eurodiaconia
-------------	--------------

---

STRIANO Mauro	FEANTSA
---------------	---------

---

VERECKEN Léopold	CPAS Brussels
------------------	---------------

---

ZEGHICHE Hayet	COFACE
----------------	--------

---

**Koordinatorin**

---

GERONDAL Micheline	EAPN
--------------------	------

---

**Dokumentation**

---

GEOGHEGAN Pauline	
-------------------	--

---

**EAPN Team**

---

FLEMAL Coralie	
----------------	--

---

DAHMEN Sigrid	
---------------	--

---

GOMEZ Leticia	
---------------	--

---

LEE Rebecca	
-------------	--

---

LEMMENS Philippe	
------------------	--





